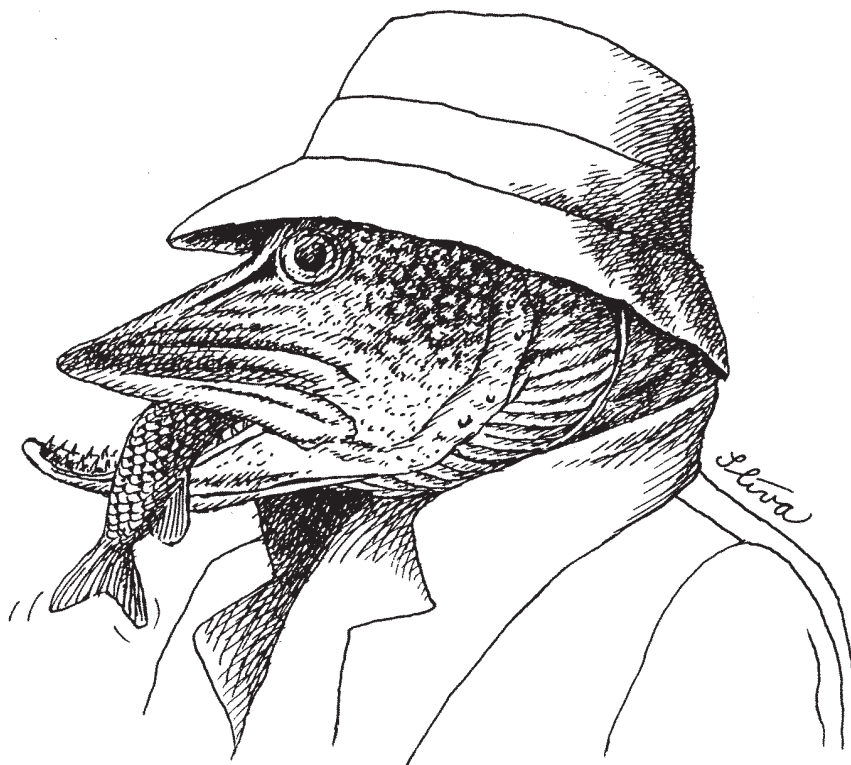


Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Seite 3:
Rot-grün und der Irak-Krieg

Seite 7:
Verbot von Batasuna

Seite 12
**Fairnessabkommen
gebrochen**

S. 16:
Bankenstreik

S. 19
Der Ausverkauf der UN



Politische Berichte – Zeitschrift für Sozialistische Politik
Ausgabe Nr. 18-19 am 13 September 2002, Jahrgang 23, Preis 1,30

18-19
2002

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
— ERSCHEINT VIERZEHNTEILIG —

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de — Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und **Ost** Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,30 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60, Sozialabo: 33,80. Ausland: +6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

— zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 5 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

ANTISEMITISMUS. Zur Studie der Universität Leipzig über wachsenden Antisemitismus erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke: Die Studie bestätigt meine Befürchtungen und Erfahrungen. Die Bundesregierung hatte erst kürzlich auf meine Anfrage mitgeteilt, dass im zweiten Quartal 2002 die Zahl der amtlich erfassten antisemitischen Straftaten gegenüber dem ersten Quartal um 150 Prozent angestiegen ist. Auch die offizielle Politik leistet antisemitischen und fremdenfeindlichen Positionen in der Bevölkerung wieder zunehmend Vorschub. Wenn Leute wie Schill, Stoiber und Möllemann die Backen so mit fremdenfeindlichen und antisemitischen Sprüchen aufblasen wie in den letzten Wochen und Monaten, wundert es mich nicht, wenn sich auch in der Bevölkerung offener Antisemitismus breit macht. Zwei Jahre nach den Anschlägen auf jüdische Menschen und Einrichtungen und der großen Demonstration in Berlin zum Jahrestag der Reichspogromnacht hat auch die Bundesregierung den „Aufstand der Anständigen“ wieder abgeblasen. Innenminister Schily will von Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus nichts mehr wissen. Im Haushalt 2003 will er nur 3 Millionen € für Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus und nur 2,8 Millionen € für den Schutz jüdischer Friedhöfe bereit stellen.

SOZIALE GRUNDSICHERUNG: Zu Erklärungen aus CDU/CSU, das Grundsicherungsgesetz (GSiG) dürfe nicht zum 1. Januar 2003 in Kraft treten, erklärt der behindertenpolitische Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion, Ilja Seifert: Von einer schwarz-gelben Koalition haben Menschen mit Behinderungen wenig Positives zu erwarten. Die Ankündigung von CDU/CSU, das Grundsicherungsgesetz nicht zum 1.1.2003 in Kraft zu setzen, ist ein Affront gegen Menschen mit Behinderungen und im Alter. Etliche von ihnen sind existentiell auf sozialhilfeunabhängige Leistungen angewiesen. Für viele Menschen, die bei Geburt oder in Kindheit/Jugend eine erhebliche Schädigung oder Beeinträchtigung erlitten und daher voll erwerbsgemindert sind, ist die Grundsicherung ab dem 18. Lebensjahr eine Verbesserung. Sie kann auch Eltern bzw. Angehörige entlasten. Die jetzt einzuführende Grundsicherung geht zwar nicht so weit wie jene, die z. B. in der DDR mit dem Begriff „Invalidenrente“ verbunden war. Sie erreicht auch nicht das Niveau einer „einheitlichen bedarfsorientierten Grundsicherung“ wie von der PDS gefordert. Aber sie ist dennoch ein Schritt in die richtige Richtung, den es künftig auszubauen gilt. Die Verabschiedung des Grundsicherungsgesetzes stand allerdings unter keinem guten Stern. Begleitend zur „Riester-Rente“ wurde sie als eine Art Bonbon „beigepackt“, um das Abgehen von der solidarisch finanzierten gesetzlichen Renten-

versicherung zu versüßen. Und sie sollte auch die schrittweise Abschaffung der traditionellen Berufsunfähigkeits- und Erwerbsminderungsrenten „kompensieren“, die für die nach 1960 Geborenen de facto einen Zwang zu privater Absicherung nötig macht. Mit dem Grundsicherungsgesetz bastelte die Bundesregierung im Hinblick auf die Finanzierung der Leistungen eine Mogelpackung. Die ab 1.1.2003 entstehenden Mehrausgaben (nach Angaben der Bundesregierung zwischen 1,8 und 2,17 Mrd. € pro Jahr) sollen für eine Dauer von fünf Jahren nur in Höhe von 307 Mio. € pro Jahr durch den Bund übernommen werden. Der Rest wäre vor allem von Kreisen, kreisfreien Städten und Ländern aufzubringen. Hier liegt in der Tat ein rot-grüner Konstruktionsfehler nach Art des Hauses Eichel vor. Die Lösung darf nicht – wie jetzt bei CDU/CSU – heißen „weg mit der Grundsicherung“, sondern bessere Finanzausstattung der Städte und Gemeinden. Das fordert die PDS schon lange.

V-LEUTE: Aus einem Artikel der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke entnahmen wir folgende Angaben zur Entwicklung und Planung bei der Bundespolizei und den Geheimdiensten: Bundeskriminalamt: 1999, im ersten Jahr von Rot-Grün, lag die Personalstärke des BKA schon bei stattlichen 4518 Beschäftigten. Diese überdimensionierte Behörde wurde nach dem 11. September 2001 in einem Tempo ausgebaut, dass jeder CSU-Innenpolitiker neidisch werden mußte. 4871 Beamte, Angestellte und Arbeiter sollen 2003 beim BKA beschäftigt sein, 353 mehr als im ersten Jahr dieser Regierung. Noch steiler stieg das Budget des Amtes: von 275 Millionen Euro (1999) auf 394 Millionen Euro (2003). Ein Plus von 43,3 Prozent. Von wegen „schlanker Staat“! Das für seine V-Leute-Skandale berühmte Bundesamt für Verfassungsschutz bekommt ebenfalls eine Steigerung seines Etats, von der alle SozialpolitikerInnen und vor allem die auf Sozialleistungen Angewiesenen nur träumen können. Statt mit 114,7 Millionen Euro (1999) dürfen VS-Chef Fromm und seine Leute im nächsten Jahr mit 154 Millionen Euro rechnen, 34,3 Prozent mehr. Viele neue V-Leute können damit bezahlt werden – mit welchen Folgen für die innere Sicherheit, insbesondere für die persönliche Sicherheit von Flüchtlingen und MigrantInnen, zeigt ein Blick in die monatliche Statistik rechter Gewalt. Der mit Abstand größte Zuwachs findet sich im Titel „Beschaffungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder“. Diese meist in Panzerkleidung auftretenden Einheiten sollen im nächsten Jahr 235 Prozent mehr bekommen. Statt 5,2 Millionen Euro (2002) will Schily ihnen nächstes Jahr 17,5 Millionen Euro zukommen lassen – neue schicke Panzerkleidung vermutlich, Wasserwerfer, Knüppel und NATO-Draht.

Die rot-grüne Regierung und der drohende Irak-Krieg

Der Aufmarsch am Golf ist im Gange

Seit Monaten schon baut die US-Army ihre Stützpunkte in den kleinen, dem Irak benachbarten Golfstaaten aus. Der Luftwaffenstützpunkt Al Udeid in Katar – hier sind inzwischen einige Tausend Soldaten und ca. 50 Flugzeuge stationiert – wurde in den letzten Monaten kräftig aufgerüstet. In Kuwait befinden sich insgesamt ca. 8 000 US-Soldaten, die große amerikanische Militärbasis Camp Doha wurde als Operationszentrale des Zentralkommandos der US-Streitkräfte ausgebaut. In Bahrain, der wichtigsten Marinebasis der USA im Persischen Golf, warten inzwischen über 4.000 Matrosen und Marines auf einen Einsatz. In Jordanien hat das Pentagon zwei Start- und Landebahnen für größere Flugzeuge bauen lassen; hier fand im August ein großes Manöver mit mehreren Tausend US-Soldaten statt. In der Türkei sollen die US-Truppen von zuvor ca. 7 000 auf zur Zeit 25 000 Soldaten aufgestockt worden sein. Ende August erreichte ein von der US-Marine gechartertes Handelsschiff mit schweren Kampfpanzern die Region – das dritte innerhalb eines Monats. Insgesamt hat die Marine bisher Verträge über zehn große zivile Transportschiffe für den Transport von Panzern und anderem schweren Gerät unterzeichnet. Von der US-Air-Base auf dem Rhein-Main-Flughafen werden außergewöhnlich viele Flugbewegungen gemeldet. Während zwischen November 2001 und Juli 2002 im Durchschnitt täglich 15 bis 20 Galaxys – die größten Transportflugzeuge der Welt – und andere Militärflugzeuge starteten oder landeten, sind es seit Juli 20 bis 30, an manchen Tagen bis zu 45 Flugbewegungen. Ein Teil davon wird sogar über die Startbahn West des Frankfurter Flughafens abgewickelt. Angeblich handelt es sich um Hilfsflüge für Afghanistan. Doch die Vollversammlung der in der BRD tätigen internationalen Fluggesellschaften (BARIG) hat als Ziel der meisten Maschinen Katar ausgemacht.¹

Insgesamt befinden sich rund 37.000 US-Soldaten in der Golfregion – 12.000 mehr als im März – und 27.000 britische – sie wurden um 7.000 aufgestockt. In der Nacht zum 6. September flogen US- und britische Bomber schwere Angriffe auf den Stellungen im Irak nahe der jordanischen Grenze – nach einigen Berichten die schwersten seit vier Jahren. Der britische Daily Telegraph berichtete, die Kampfflugzeuge hätten irakische Luftabwehrstellungen zerstören sollen, damit zur Vorbereitung einer späteren Offensive Eliteeinheiten mit Hubschraubern über Jordanien und Saudi-Arabien nach Irak fliegen könnten.



US-Fallschirmjäger vor dem Absprung

Die Option des Angriffskrieges

Am 12. September will Bush, so meldeten die internationalen Medien am 9.9., vor der UN-Generalversammlung eine Rede halten. Darin werde er der UNO ein Ultimatum stellen, die Rückkehr von Waffeninspektoren in den Irak unter Einsatz aller Mittel durchzusetzen. Andernfalls würden die USA und Großbritannien „die notwendigen Abrüstungsmaßnahmen im Irak durchsetzen“, wie die Neue Zürcher Zeitung unter Berufung auf Quellen in Washington schreibt. (9.9.) Nach Angaben aus Regierungskreisen arbeiten die USA an einer Resolution des UN-Sicherheitsrates, in der der Irak unter Androhung eines Militärschlages aufgefordert wird, sofort „gründliche Waffeninspektionen“ zuzulassen.

US-Vizepräsident Cheney hat allerdings in seiner am 26. August in Nashville gehaltenen Rede betont, dass der Irak auch mit einer Zustimmung zur Wiederaufnahme der Waffeninspektionen den Krieg nicht abwenden könne. Denn ihm sei nicht zu trauen, er wolle dadurch nur Zeit gewinnen und diese Zeit zur Anhäufung von Massenvernichtungsmitteln nutzen.² Die USA, so Cheney, müssten „den Begriff Krieg neu definieren. Das bedeutet, dass unsere Streitkräfte über jedes Mittel verfügen müssen, um auf jegliche gegen uns gerichtete Bedrohung reagieren zu können. Es bedeutet, dass jeden Feind, der ein Komplott gegen die Vereinigten Staaten oder unsere Freunde schmiedet, eine schnelle, entschiedene und verheerende Reaktion erwartet.“ Unmissverständlich sprach er sich für einen Angriff gegen den Irak zum Sturz von Saddam Hussein aus.

Dieser Angriff richtete sich nicht nur gegen den Irak. Er hebelte das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Aggressionsverbot aus³ und zerstörte

damit letztlich die UNO.

Die USA haben nach dem 11.9. begonnen, ihre Militärdoktrin neu zu formulieren. Demzufolge behalten sie sich das Mittel von Angriffskriegen, einschließlich nuklearer Angriffe, an jedem Ort der Welt zum Zweck der Neuordnung der Welt vor. Im Zuge der Umsetzung dieser Doktrin entsteht zum 1. Oktober 2002 ein neues militärisches Machtzentrum, „ein Oberkommando, dem Frühwarnsysteme und Satelliten, Raketenabwehrsysteme und strategische Angriffsraketen, strategische Mittel für konventionelle und nukleare Angriffsoptionen unterstellt werden. Washington plant eine integrierte Kommandozentrale für – auch präventive – strategische Angriffe, strategische Vergeltungsangriffe und strategische Verteidigung.“⁴ Erstmals richten die USA Militäroberkommandos für ausnahmslos die ganze Welt, für jeden Winkel der Erde ein.

Unsicherheitsfaktoren

Beim Aufbau des Kriegstheaters haben die US-Strategen viele Probleme und nicht nur die Frage zu lösen, wie der Irak militärisch zu bezwingen ist. Als große Flottenmacht brauchen die USA eine monatelange Vorlaufzeit für den Aufmarsch. Sie müssen den Aufmarsch, der nicht verborgen werden kann und dem Feind auch den Ernst seiner Lage vor Augen führen soll, nach innen und außen legitimieren.

In den USA ist die Kriegsstimmung gesunken. Umfragen zufolge befürwortet Ende August gerade noch die Hälfte der Befragten einen Krieg gegen den Irak gegenüber über 74% im November letzten Jahres. Grund dürfte sein, dass mit den Kriegsplänen auch die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Risiken Gestalt annehmen. Das Kriegsgeschrei,

verbunden mit immer neuen „Ent-hüllungen“ über Saddam Husseins Massenvernichtungsmittel auf der einen, über seine Verbindungen zu Al Qaida auf der anderen Seite, verbunden auch mit der Beschworung umfassender terroristischer Bedrohungsszenarien rund um dem 11.9., zielt nicht zuletzt auf die öffentliche Meinung in den USA selbst.

Von den Veto-Mächten im Sicherheitsrat trägt bisher nur Großbritannien unverbrüchlich alle Optionen mit, die sich die USA offen halten. Tatsächlich ist Großbritannien, das traditionell starke Interessen in der Golfregion hat, als Flottenmacht in einer ähnlichen Lage wie die USA, d.h. benötigt lange Aufmarschzeiten. Frankreich, mit der arabischen Welt durch ein Meer verbunden, plädiert für eine Entscheidung durch den UN-Sicherheitsrat. China und Russland warteten am 22. August in einer gemeinsamen Erklärung, wenn auch indirekt, vor „Alleingängen“. Die Drohung mit eben solchen „Alleingängen“ ergänzt die mit Sicherheit intensiven diplomatischen Bemühungen der USA, diese beiden Länder zumindest von einem Veto im Sicherheitsrat abzubringen.

Ein großer Unsicherheitsfaktor für die USA liegt in der arabischen und muslimischen Welt und in den direkten Nachbarländern. Die politische Situation in der Türkei, die als Aufmarschgebiet für den Krieg gegen den Irak unverzichtbar ist, ist alles andere als stabil. Die iranische Regierung ließ am 26. August durch einen Sprecher des Außenministeriums erklären, sie stuft einen US-Angriff auf Irak als Bedrohung für die „nationalen Interessen und den Weltfrieden“ ein. In einem solchen Fall werde sein Land nicht neutral bleiben. Die arabische Liga bekräftigte am 4. September in einer Erklärung, die US-Pläne zum Sturz Saddams seien der Anfang eines Angriffs auf die Sicherheit und Unabhängigkeit der gesamten arabischen Welt. Der ägyptische Präsident warnte die USA vor dem „Zorn der arabischen Straße“, das saudische Königshaus sprach von der Gefahr eines „neuen Vietnams“.⁵ Auch wenn so manche arabische Regierung so redet und anders handelt, ist das Risiko offen ausbrechender und sich zuspitzender Konflikte mit der arabischen Welt für die USA hoch.

Was ist Schröders Nein wert?

Schröder hat im sog. „TV-Duell“ mit Stoiber „ohne Wenn und Aber“ erklärt, unter seiner Führung käme eine Beteiligung der Bundesrepublik an einem Krieg gegen den Irak nicht in Frage, weder zur Durchsetzung von Waffeninspektionen und schon gar nicht zur Durchsetzung eines Machtwechsels.

Die Bundeswehr ist durch ihren Einsatz auf dem Balkan und in Afghanistan



Die rot-grüne Bundesregierung hat ein gewaltiges Aufrüstungsprogramm in Gang gesetzt, das u.a. den Bau des europäischen Großraumflugzeuges A400 M (Bild) beinhaltet, das den Transport von Einheiten und Ausrüstung über große Distanzen erlaubt, sowie die Entwicklung von Marschflugkörpern, lenkbaren Flugbomben und Kampfdrohnen, mit denen die Bundeswehr sich in die Lage versetzt, präzise Angriffe über große Distanzen zu führen.



Der Spürpanzer Fuchs ist in Kuwait stationiert

und durch die Stationierung in verschiedenen Regionen bis an die Grenze belastet. Sie ist in nächster Zeit deshalb auch kaum in der Lage, nennenswert militärische Unterstützung anzubieten. Umgekehrt: Während die USA auf die Unterstützung durch britische Truppen kaum verzichten könnten, sind sie auf militärischen Beistand durch die Bundeswehr im Irak auch nicht angewiesen. Über die Ernsthaftigkeit der von Schröder angesagten Verweigerung entscheiden deshalb andere Gesichtspunkte.

Wer der Konzeption der USA, die auf absoluter militärischer Übermacht, auf der Zerstörung des Rechts in den internationalen Beziehungen und auf der Option des Angriffskrieges basiert, wirklich etwas entgegensetzen will, der muss eine Politik entwickeln, die geeignet ist, die tiefen Konflikte in der Welt friedlich zu lösen. Um ein auch im Zusammenhang mit dem drohenden Irak-Krieg wichtiges Beispiel zu nennen: Die rot-grüne Regierung könnte, ohne Anmaßung, überall in der Welt mitreden zu wollen, durch eine Änderung der deutschen Türkeipolitik, durch Unterstützung einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage eine solche Perspektive eröffnen. Das hat sie in den vier Jahren nicht getan, und auf eine solche Wendung wartet man auch jetzt verge-

blich.

Wer dem drohenden Krieg gegen den Irak wirklich entgegentreten will, der muss heute den Aufmarsch stören. Die Bundesregierung könnte durch Bemühungen zum Aufbau einer internationalen Allianz, die die europäischen Staaten ebenso einschließt wie Russland, China oder Indien, dazu beitragen, unter dem Dach der UNO eine zivile Lösung der Irak-Frage durch Wiederzulassung der UN-Inspektoren bei gleichzeitiger Aufhebung des Embargos zu erarbeiten. Die Bundesregierung könnte die ABC-Spürpanzer und die 52 Soldaten aus Kuwait ebenso zurückziehen wie die Seefernaufklärer vom Horn von Afrika, um dem „Nein“ Gewicht zu verleihen. Das unterlässt sie.

Ebenso unterlässt sie auch nur die leiseste Andeutung, dass sie US-Angriffsflügen die Überflugrechte über deutschen Luftraum verweigert. Sie könnte sogar ohne Rechtsbruch die Nutzungsrechte der USA auf ihren Basen in Deutschland einschränken. Diese Auskunft gab Reinhard Mutz, Vizedirektor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg. Nach dem Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut beschränkten sich die uneingeschränkten Nutzungsrechte auf den Verteidigungsfall und auf UN-Missionen. Beides ist im drohenden Krieg gegen den Irak nicht gegeben.¹ Schließlich

könnte sie erklären, dass sie den Krieg gegen den Irak finanziell nicht unterstützen wird, und, wie es die PDS fordert, im NATO-Rat die Aufhebung des Bündnisfalles beantragen. Das alles tut die Bundesregierung nicht. Stoiber warf Schröder vor, die Drohkulisse gegen den Irak zu beschädigen. Schröder, der weiß, dass die Bundesrepublik für den Aufbau der Drohkulisse nicht erforderlich ist, schwieg dazu. Möglichkeiten, den Aufbau der Drohkulisse wirklich zu stören, hat sie, nimmt sie aber nicht wahr, in der Hoffnung, nach gewonnenen Wahlen werde sich schon ein Weg finden, vom „Nein“ dann wieder gänzlich abzurücken.

scc

1 Vorbereitungen für einen Krieg rollen über Rhein-Main, unter: www.friedensratschlag.de

2 „Die Risiken der Untätigkeit sind sehr viel größer als die Risiken des Handelns“ – dokumentiert in der Übersetzung durch die US-Botschaft unter: www.friedensratschlag.de

3 Artikel 2.4. der UN-Charta lautet: Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.

4 Otfried Nassauer in der FR am 15.7.02

5 Chronik eines angekündigten Krieges. Quelle: www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/Chronik/Welcom.html

Stoibers Ziele, Schröders Taktik, PDS in Gefahr

Der bayerische Ministerpräsident wird wissen, dass der Einfluss der Politik auf die Konjunktur begrenzt ist. Voraussetzung für eine gelingende Staatsintervention ist eine angemessene Analyse der konkreten Problemlage. Stoibers Grundsatzaufteilung meint offenbar, Ursache der Stagnation seien die besonders im Niedriglohnbereich zu hohen Lohnkosten sowie der innerbetriebliche Schutz der Beschäftigten. Tarifverträge und Gewerkschaften, das Betriebsverfassungsgesetz und die Betriebsräte, das halte den Mittelstand von Investitionen ab. Ein Sieg der Union werde den Mittelstand ermutigen, seine Geschäftstätigkeit auszuweiten.

Darüber, dass die gegenwärtige Krise ihren Ausgangspunkt in der großen Industrie und bei den modernsten Technologien hat, schweigt der CSUler. Dabei könnte gerade die CSU hier einen Erkenntnisfortschritt erzielen. Schließlich hat man in Bayern, für Bayern usw. voll auf die so genannten Zukunftstechnologien gesetzt und dafür jetzt die höchsten Zuwachsraten bei der Arbeitslosigkeit. Inzwischen ist es so weit gekommen, dass der Münchner Stadtrat auf Initiative der CSU an den Siemens-Vorstand herantritt, um einen Vorschlag des Gesamtbetriebsrates zu unterstützen, der die Einführung der 4-Tage-Woche im IT-Bereich zur Vermeidung von Entlassungen vorseht. Siemens will IT-Ingenieure zu Tausenden entlassen. Sie geben ihren Firmenlaptop ab, es bleibt die Lederhose. Scurril auch das Vorhaben der Staatsregierung, gegen den Willen der Stadt München deren Hauptbahnhof mit dem Flughafen durch eine Magnetschwebbahn zu verbinden. Der Lehrsatz heißt, dass staatlich finanzierte hochmoderne Infrastruktur die Wirtschaft fördert, aber der Fall beweist, dass die bayerische Staatsregierung den Blick für die Relationen verliert. Stoibers Berater handelten insofern weise, als sie dem Kandidaten unter sagten, allzu detailliert in den Medizinschränkchen der CSU herumzukramen. Die dort lagernden Medikamente sind abgelaufen, manche davon reines Gift.

Der Union wie auch der FDP bleibt nur noch übrig, die psychologischen Faktoren zu beschwören, die durch eine arbeitnehmerfeindliche und unternehmerfreundliche Regierung angeblich geweckt werden. Ob sich die Unternehmer, besonders die kleinen, tatsächlich auf die scharfen Klassenkämpfe, die Demotivierung der Lohnabhängigen bis hin zur inneren Kündigung freuen, die einer derartigen Missachtung des Faktors Arbeitskraft folgen müssten?

Wahr ist wohl, dass eine Regierung Stoiber/Westerwelle versuchen würde,

die Erwerbstätigkeit zur Begünstigung sog. Existenzgründungen zu heben. Dies würde dann, wenn schon nicht die Konjunktur, so doch wenigstens die Stabilität des Gesamtsystems heben, die Scheiternden müssten sich als ihres Unglücks eigener Schmied fühlen und täten als Überschuldete gut daran, ihre Ansprüche herunterzuschrauben und auch sonst hübsch ruhig zu bleiben.

Stoibers Vorstellung als sozial eingestellt, kompetenter Wirtschafts- und Sozialpolitiker ist schwach, sie beeindruckt nur, weil die SPD ihn spielen lässt. Sie lässt ihn spielen, weil sie muss. Die Regierung Schröder / Fischer hatte erwartet, dass ihre Politik der steuerlichen Entlastung des Kapitals dem Aufschwung, der weltweit erwartet worden war, zusätzlich Zunder geben würde. Geschmückt werden sollte das Ganze durch eine spezielle Konjunktur auf dem Sektor Ökologie und begleitet durch Maßnahmen zur „Aktivierung“ der Sozialhilfeempfänger bzw. Arbeitslosen. Dieses Szenario hat sich nicht entwickelt. Nun ist man ratlos, sogar apathisch.

So entsteht für Stoiber die Möglichkeit, brutale Verschlechterungen der Marktposition der Arbeitskraft als Wachstumsimpulse zu verkaufen. Kurz zusammengefasst: Stoiber verspricht, dass die Gesamtlohnsumme steigen werde, wenn man nur bereit sei, die Einkommen der Einzelnen zu reduzieren. Er verspricht Lohnsteigerung durch Lohnsenkung. Er wird seine Versprechen mindestens teilweise einhalten.

Die Tarnung Stoibers als Menschenfreund ist schon auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik schwach. Um so erstaunlicher, dass diese schwache Vor Spiegelung die menschenrechtlich und unter Demokratiegesichtspunkten äußerst problematischen Vorhaben der CSU zu Fragen der inneren Sicherheit, der Entrechtung von Migranten und Flüchtlingen, zur Ordnung der Welt durch Übermacht und Bedrohung verdeckt. Wenn es sich aber so verhält, dass die im Sektor Meinungsbildung beruflich Engagierten diese Sachverhalte nicht aufdecken wollen, vielleicht, weil sie sich einkommensmäßig zu den durch die so genannte Sozialpolitik der CSU Begünstigten zählen? So ließe sich auch verstehen, wieso die von Stoibers vorgesehene Revisionspolitik gegen die Nachbarn im Osten nicht breit diskutiert wird. Das von der Union ausgebreitete Material und die Darstellung Stoibers in der Öffentlichkeit laufen so weit auseinander, dass man eine tiefgreifende Korruption der Medien feststellen muss. Man hat sogar vergessen, dass die Union zur Begründung ihrer ausländerfeindlichen Politik die Verbrechen der Faschisten heran zog, die sie auf diesem Wege herausgefordert und ermutigt hat. Das Bündnis mit Leuten wie Schill zeigt, dass die Union mit dem Rechtsradikalismus rechnet (siehe auch den folgenden Artikel).

Themen genug, aber nein, alles kon-

zentriert sich auf das Blendwerk, wonach die Verschlechterung der Situation der Lohnabhängigen der Verbesserung ihrer Lage dient. Real handelt es sich um eine Politik der politischen Absicherung der Vorteile der Bevorzugten. Deswegen ist die Koalition mit der FDP auch die einzige Möglichkeit, die Stoiber zur Aufrichtung einer Regierung sieht. Erspricht sich strikt gegen die Möglichkeit einer großen Koalition aus. Aus dieser Grenzziehung können politisch Kundige schließen, wie weit eine Regierung Stoiber zu gehen wünscht. Weiter nach rechts, als es eine sozial- und wirtschaftspolitisch ohnehin rechtsverschobene SPD hinnehmen könnte.

Dass sich diese für die politische Untersuchung leicht greifbaren Sachverhalte in der öffentlichen Meinung nicht angemessen abbilden, hängt zum einen damit zusammen, dass die SPD die Konfrontation mit der Union auf diesen Feldern nicht sucht, nicht nachbohrt, nichts festlegt und sich sozial- und wirtschaftspolitisch alle Türen für eine große Koalition offen hält. Ein anderer Grund ist die atemberaubende Entwicklung der rotgrünen Friedenspolitik, besser gesagt der ideologische Schlagabtausch mit dem US-Präsidenten Bush. Mit einem Schlag hat Schröder eine Lage geschaffen, in der die wahren Beziehungen im Parteienlager verunkelt werden. Bislang standen nämlich die SPD und die Grünen in der Gefahr, mit jedem Schritt der Militarisierung die PDS zu stabilisieren, in gewissem Grade sogar aufzubauen. Nun hat Schröder seine Absage formuliert (s. auch S. 3f.). Das bringt SPD-Wähler zurück. Und da gibt es ein Zusammenspiel mit den Umfragewerten. Sobald die SPD mit der Union gleichauf kommt, mag es für PDS-Wählerinnen und Wähler sinnvoll scheinen, diesmal um des lieben Friedens willen SPD oder Grüne zu wählen. Für die SPD und die Grünen ergibt sich daraus die Möglichkeit, zwei Mal zu gewinnen. Fällt die PDS heraus, würde sich eine relative Mehrheit für Rot-Grün in eine absolute Mehrheit verwandelt. Fiele aber der Sieg auf diesem Wege der UNION mit der FDP zu, stünden die SPD und die GRÜNEN blütenweiß gereinigt, als Friedenskraft gestählt, in der Opposition. Klappt die Ausgrenzung der PDS nicht, so hat Schröder klargemacht, dass die SPD, falls stärkste Partei, sich dann um eine große Koalition bemühen würde.

So zeichnet sich zum Ende des Wahlkampfes immer deutlicher die Gefahr ab, dass die PDS unter die Räder kommt, während die wesentlichen sozial- und wirtschaftspolitischen Ziele der Besserverdienenden allseitig gefördert werden und die SPD entweder nach einer Niederlage zusammen mit den Grünen in der Lage wäre, die Führung der Friedenskräfte zu reklamieren, oder im Falle eines Sieges die nötigen Schwenks in Richtung Bündnistreue und Großmachtspolitik vollstrecken kann, ohne Wasser

auf die Mühlen einer PDS-Konkurrenz zu leiten, ähnliches gilt für die Sozialpolitik.

Die PDS hatte es in diesem Wahlkampf schwer. Der Partei ist es in den letzten Jahren nicht gelungen, ihr Konzept der Kritik der Kapitaldominanz gegen die reale Politik von Union und FDP zu entwickeln, die Kapitaldominanz für eine gesellschaftliche Notwendigkeit halten. Dies wäre aber die Voraussetzung dafür gewesen, sich aus eigener Kompetenz mit den kapitalkritischen gesellschaftlichen Bewegungen und Kräften zu verbinden. Stattdessen ist man den leichten Weg gegangen, kritische Positionen aufzugreifen, die SPD und Grünen auf ihrem Weg in die Regierung fallen ließen. Man hat versucht, Rot-Grün mit deren alten Beschlüssen zu konfrontieren. Auf diesen Weg hat Gregor Gysi die Bundestagsfraktion in den Wahlkampf 1998 und die darauf folgende Legislaturperiode geführt. Markant und öffentlichkeitswirksam wurde das in der Friedensfrage. Nun hat die SPD die Gelegenheit ergriffen, den durch die PDS markierten Unterschied zu verwischen. Schröder hat das lediglich eine staatsmännische Ankündigung gekostet, die sich später immer relativieren lassen wird. Wer Schröder jetzt glauben möchte, kann die PDS für nunmehr funktionslos halten.

Man muss bei solchen Überlegungen immer beachten, dass in der konkreten Konstellation kleine Verschiebungen viel bewirken können. Zum Glück wurde in den letzten Wochen wenigstens klar, wie prekär die Situation der PDS ist. Aber eine Korrektur der unzulänglichen politischen Strategie wird eine geraume Zeit beanspruchen. Nur gewarnt werden kann vor der Ansicht, die PDS würde, falls von Schröder übertölpelt und aus dem Bundestag verdrängt, im außerparlamentarischen Wirken erstarken. Ihre Aufgabe wäre ja gerade, die Kritik kapitaldominierter Politik und Gesetzgebung konkret zu entwickeln und sich den sozialen und politischen Bewegungen der Zeit in der nächsten Legislaturperiode hoffentlich nützlicher zu machen als in der jetzt ablaufenden. Und das ist in der Konfrontation im Bundestag leichter als in der Konfrontation mit dem Bundestag.

maf



Die „Karawane“ in Hamburg. Bild: res

Ein Schreibtischtäter geht zur Sache

In seiner Rede vor dem Bundestag (Auszüge siehe unten) greift Schill auf Denkmuster zurück, die den furchtbarsten Verbrechen den Boden bereiten. Er nimmt den „Ausländer“, den Flüchtling, den Fremden aus der mitmenschlichen Identität und Solidarität heraus und präpariert ihn als eigentliche Ursache für die mit der Flutkatastrophe verbundenen Belastungen, ja generell als Hemmnis und Störfaktor für die Entfaltung deutscher Tüchtigkeit. Er schafft ein Feindbild und facht zugleich das in der deutschen Ideologie so fest verwurzelte, völlig irreal, in seiner Konsequenz für andere lebensgefährliche deutsche Überlegenheitsdenken an.

scc

**Dokumentiert:
Auszug aus der Rede Schills am 29.8.
vor dem Dtsch. Bundestag**

(...)

Wie konnte es dazu kommen, obwohl doch die Menschen unseres Landes anerkanntermaßen zu den tüchtigsten Europas gehören? Unsere tüchtigen Bürger klagen an, auf welche verschwenderische Weise deutsche Politiker in den vergangenen Jahrzehnten mit dem Geld umgegangen sind. Unsere tüchtigen Bürger klagen zum Beispiel diejenigen Politiker an, die sich darin gefallen haben, in den letzten Jahrzehnten mit dem Kelch der Barmherzigkeit, gefüllt mit deutschen Steuergeldern, durch die ganze Welt zu ziehen und bei irgendwelchen Katastrophen die betroffenen Menschen hierher zu holen. Jeder, der dagegen etwas gesagt hat, wurde als ausländerfeindlich- bzw. als menschenunfreundlich diffamiert.

Jetzt wundert sich die ganze Welt, dass Deutschland noch nicht einmal in der

Lage ist, der in Not geratenen Bevölkerung aus eigener Kraft zu helfen, ohne die Steuer zu erhöhen womit gleichzeitig die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft erdrosselt wird. Die ganze Welt wundert sich mittlerweile darüber, was aus diesem Deutschland geworden ist.

Wir bilden das Schlusslicht in Europa, was Sie teilweise zu verantworten haben.

Es hat in den letzten 30 Jahren eine massive Zuwanderung stattgefunden, die zulasten der Sozialkassen geht.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Sie müssen zur Sache reden!)

– Ich rede zur Sache. Es besteht nämlich aufgrund der Flutkatastrophe die Notwendigkeit, die Steuern zu erhöhen. Mit den Ursachen für diese Notwendigkeit sollten Sie sich einmal befassen; denn Sie gehören zu den Verantwortlichen. – Wie gesagt, es hat eine Zuwanderung stattgefunden, die zulasten der Sozialkassen geht. Obwohl es eine Verdoppelung der Zahl der Ausländer seit 1972, also in den letzten 30 Jahren, gegeben hat – ich sage das in aller Deutlichkeit –, waren 1972 mehr ausländische Mitbürger erwerbstätig als heute. Damals waren es 2,3 Millionen und jetzt sind es nur noch 2 Millionen.

Was lernen wir daraus? – Wir lernen daraus, dass es eine verdammt teure Entwicklung gewesen ist.

Jetzt fehlen die nötigen Gelder für Hilfsmaßnahmen, die in den USA bei vergleichbaren Katastrophen aus der Portokasse finanziert werden. Wir haben uns etwa den Luxus geleistet, in der Zeit des Bosnien-Bürgerkriegs doppelt so viele Bosnier nach Deutschland zu holen wie sämtliche Staaten der Europäischen Union zusammen. Da stellt sich doch die Frage, ob die Regierungschefs anderer europäischer Nationen unmenschlich waren oder ob nicht vielmehr die Politiker unseres Landes die Bedürfnisse der

eigenen Bevölkerung mit Füßen getreten haben.

In den letzten Jahren wurden jedes Jahr über 10 Milliarden DM für Flüchtlinge in Deutschland ausgegeben. Dieses Geld fehlt jetzt an anderer Stelle. Sehen Sie es endlich ein! Wer mir vorwirft, ich würde das Leid der Flutopfer gegen das Leid der Flüchtlinge ausspielen, dem kann ich nur sagen: Nur ein Rabenvater lässt seine Kinder darben, während er sich um unbekannte Gäste kümmert. Sie haben in der Vergangenheit das Geld verfrühstückt und haben es mit der Gießkanne über die ganze Welt verteilt, sodass Deutschland diese Katastrophe nicht mehr angemessen bewältigen kann. (...)

Sozialreform

Lebensstandort, nicht nur Wirtschaftsstandort

Obwohl sowohl der Kanzler mit den vom ihm initiierten Vorschlägen der Hartz-Kommission als auch der Kandidat mit seinem Herumreiten auf der Aussage „Arbeitslosigkeit ist das größte Problem“ die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu einem wichtigen Wahlkampfthema zu machen scheinen, findet eine wirkliche Reformdiskussion kaum statt. Der Paritätische Wohlfahrtsverband, ein Dachverband nichtkirchlicher Sozialverbände und Initiativen, versucht diesem Mangel abzuweichen. In einer Broschüre mit dem Titel „Lebensstandort, nicht nur Wirtschaftsstandort“ werden Forderungen zur Bundestagswahl unterbreitet.

An erster Stelle steht die Forderungen nach einer Reform der Sozialhilfe mit der Zielsetzung: „einkommens- und bedarfsorientierte Grundsicherung zu garantieren“. Im Einzelnen: Wem nichts fehle außer einer Erwerbsarbeit, eine auskömmliche Rente oder ein Einkom-

men, mit dem es möglich ist, für seine Kinder aufzukommen, gehöre nicht ins Sozialamt. Im Falle von Arbeitslosigkeit soll das Arbeitsamt eine Grundsicherung zahlen, bei Altersarmut die Rentenkasse und bei unzureichendem Erwerbseinkommen (vor allem wenn Kinder zu versorgen sind) wären die Finanzämter zuständig. Die Kosten für eine solche Grundsicherung wären aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. Ansonsten sei die Sozialhilfe anzuheben und die Leistungen soweit möglich zu pauschalisieren.

„Tagesbetreuung für Kinder ausbauen“ ist die nächste Forderung. Damit wäre auch vielen alleinerziehenden Frauen geholfen (20% dieser Haushalte beziehen derzeit Sozialhilfe). Der Paritätische fordert beitragsfreie Kindertageseinrichtungen, denn „Kitas sind Bildungseinrichtungen“.

Gegenüber der nach wie vor überproportionalen Förderung von Kindern aus reichen Familien durch Steuerfreibeträge fordern die Wohlfahrtsverbände eine weitere Erhöhung des Kindergeldes auf 235 Euro und Kindergeld für jedes hier dauerhaft lebende Kind, unabhängig von der Staatsangehörigkeit.

Weitere Forderungen beziehen sich auf Geschlechterdemokratie, Maßnahmen gegen häusliche Gewalt, Verabschiedung eines umfassenden Antidiskriminierungsgesetzes. Für Migrantinnen und Migranten werden verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen gefordert, unter anderem das allgemeine Wahlrecht.

Als Zielrichtung einer solchen Reform benennt der Paritätische: „eine lebendige Zivilgesellschaft, für Toleranz, Offenheit und Vielfalt“. Es ginge eben nicht nur um „die im Wahlkampf vielbeschworene und vielbeworbene Mitte“, sondern um „all diejenigen, die inmitten unserer Wohlstandsgesellschaft Benachteiligungen und Ausgrenzungen erfahren müssen“.

Vielleicht ist es ja noch möglich, die eine oder andere Anregung aus diesen Reformüberlegungen im Wahlkampf unterzubringen. Die PDS hat jedenfalls Zustimmung zu den Vorschlägen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes signalisiert.

alk

Quelle: www.paritaet.org/bayern/aktuelles/wahlpruefsteine2002.htm; www.pds2002.de/positionen/pruefsteine



Demonstration gegen den Rechts-Schill-Senat am 15.4. in Hamburg
Bild: res

Spanien

Batasuna-Büros nach vorläufigem Verbot geräumt

Perfekt inszeniert wurde am 26. August die baskische Partei Batasuna (Einheit) praktisch aus dem Verkehr gezogen. Noch bevor am Abend das spanische Parlament über den Verbotsantrag gegen die Partei beschließen konnte, hat der umstrittene Ermittlungsrichter Baltasar Garzón die Aktivitäten der Partei „vorläufig“, für drei Jahre, ausgesetzt. Die Maßnahme kann auf fünf Jahre verlängert werden.

In dem Beschluss von 376 Seiten erklärte Garzón die Partei zu einem Teil der ETA. Ihr Vorgänger, Herri Batasuna (HB/Volksunion), sei sogar von der bewaffneten Organisation gegründet worden, „um den Prozess des sogenannten nationalen Aufbaus zu führen, die das spanische und französische Baskenland und Navarra umfasst“, meint Garzón. Batasuna werde von der ETA geleitet und soll „deren terroristische Aktivitäten komplettieren und mehr Effektivität zu verleihen.“ Garzón räumt ein, dass die Partei keine „terroristische Gewalt“ ausübe, aber logistische und operative Unterstützung dafür gewähre und die Ziele der ETA anstrebe.

Alle Aktivitäten der Partei sind nun verboten und die sofortige Schließung der Büros wurde angeordnet. Ohne die dreitägige Frist abzuwarten, in der die Partei Widerspruch einlegen kann, wurden noch in derselben Nacht begonnen, die Parteibüros zu räumen und zu versiegeln. Darin hatten sich Partimitglieder eingeschlossen, und davor versammelten sich Sympathisanten. Im Anschluss an die Räumungen kam es in verschiedenen Städten zu Auseinandersetzungen. Barrikaden wurden gebaut, öffentliche Einrichtungen zerstört, Busse quergestellt und zum Teil angezündet. Dabei wurden sieben Menschen verhaftet. Der Batasuna-Sprecher Arnaldo Otegi erklärte, jetzt gehe es nicht um die Verteidigung einer Partei, sondern um den Widerstand gegen die Politik der „Neofranquisten“, die von Diktator Franco entwickelt worden sei und „den Basken verbietet, über sich selbst zu entscheiden“.

Das Mittel der „vorläufigen Aussetzung“ ist bekannt. Garzón hat damit 1998 die Zeitung/Radio Egin und mit der Androhung dieser „vorläufigen“ Maßnahme im vergangenen Jahr die Zeitschrift Ardi Beltza abgewürgt. Dass er damit juristisch gescheitert ist, stört in Spanien offenbar nur wenige.

Obwohl Batasuna die moderaten baskischen Nationalisten aufgefordert hatte, die baskische Polizei nicht gegen Batasuna einzusetzen, ging auch die in den drei Provinzen, die die Autonome Baski-

sche Gemeinschaft bilden, gegen die Partei vor. Die Regionalregierung hatte schon zuvor keinen Zweifel daran gelassen, dass sie Garzóns Beschluss umsetzen wird, auch wenn sie gegen das neue Parteiengesetz und gegen das Verbot der Partei gestimmt hat.

Praktisch hat nun Garzón, von keinem Gericht überprüft, die Partei verboten, die zwischen 10 und 20 Prozent der Basken vertritt. Batasuna darf ihren Namen nicht mehr benutzen und keine Versammlungen mehr organisieren. Ihr Vermögen wird beschlagnahmt und selbst ihre Herriko Tabernas (Volkskneipen) werden geschlossen. Die gewählten Vertreter in den Parlamenten und Versammlungen dürfen ihr Mandat noch bis zum Ende der Legislaturperiode ausüben.

Doch es ist zu vermuten, dass Garzón zahlreiche Parteiführer verhaften lässt, denn das sollen nun Mitglieder der ETA sein. In seinem Beschluss hat er einen Bericht über sämtliche Führungsmitglieder der letzten 25 Jahren angefordert. Schon 1997 wurde auf seine Initiative die Parteiführung unrechtmäßig verurteilt und erst zwei Jahre danach durch das Verfassungsgericht befreit, welches das Urteil kassiert hat.

Während Garzón das „vorläufige“ Verbot aussprach, wurde im Parlament in Madrid in einer Sondersitzung gleichzeitig das offizielle Verbotverfahren eingeleitet. Nach dem Anschlag der ETA auf eine Guardia-Civil Kaserne im südspanischen Badeort Santa Pola wurde erstmals seit dem Nato-Angriff auf Jugoslawien extra während der Sommerpause der „Ständige Ausschuss“ des Parlaments einberufen, um eine Sondersitzung des Parlaments vorzubereiten. Kurz vor der Sitzung hatte Aznar erklärt, wohin die Reise geht und was er von der Gewaltenteilung und möglichen juristischen Hindernissen hält. „Wir werden ihnen keinen Moment zum Durchatmen lassen, nicht die Regierung, nicht die demokratischen Parteien und auch nicht die Richter des Nationalen Gerichtshofs.“

Hatte das neue Parteiengesetz, ganz auf das Batasuna-Verbot zugeschnitten, noch eine Zustimmung von 94 Prozent erhalten, waren nur gut 87 Prozent der Abgeordneten für die Einleitung des Verbotverfahrens. Hier wirkte sich die Enthaltung der konservativen Nationalisten in Katalonien aus. „Die Entscheidung liegt nicht in unserer Kompetenz, denn wir sind nicht die Regierung und keine Richter“, wies deren Sprecher Xavier Trias die Verantwortung ab. Enthaltend haben sich auch die Nationalisten aus Galicien und die kommunistisch dominierte Vereinte Linke (IU). Obwohl die gegen das Parteiengesetz gestimmt hatte und die baskische Sektion die Ablehnung des Verbotsantrags forderte, enthielt sich die IU nur.

Heftigste Kritik der konservativen und sozialistischen spanischen Befürworter des Verbots traf die moderaten

baskischen Nationalisten, die mit den Grünen und der Republikanischen Linken in Katalonien gegen den Verbotsantrag gestimmt haben. Sie stellten sich schützend vor Batasuna und ETA, lautete der Vorwurf. Iñaki Anasagasti gab zurück, die Basken seien nicht gehört worden und der Konflikt werde so nur verschärft: „Wer wird nach dem nächsten Anschlag der ETA verboten?“, fragte er und beschuldigte die regierende Volkspartei (PP) und die Sozialisten (PSOE), die Öffentlichkeit zu belügen, indem sie das Verbot mit einer Lösung gleich setze.

Der erste Anschlag der ETA ließ nicht lange auf sich warten. Noch in der Nacht nach der Entscheidung des Parlaments versuchte sie, in der Stadt Tolosa (bei Do-

Forderung im neuen Parteiengesetz, Anschläge verurteilen zu müssen, mit der Verfassung unvereinbar sei. „Batasuna hat nach der Verfassung das Recht, still zu bleiben oder Anschläge nicht zu verurteilen“. Ebenfalls könne nicht gegen sie angeführt werden, dass die ETA wegen des Verbots Drohungen ausgesprochen habe. Nur die Teilnahme ihrer Führer zum Gedenken von getöteten ETA-Mitgliedern oder Gefangenen „könnte unter Umständen vielleicht“ ein Verbotgrund nach dem neuen Parteiengesetz darstellen. Er betonte, die Sonderkammer am Obersten Gerichtshof, die über den Verbotsantrag entscheide, habe bei einer Verfassungsbeschwerde „große Schwierigkeiten“, das Verfahren weiter



Mehrere tausend Menschen haben erneut am 8. September im Baskenland gegen das exekutierte Verbot von Batasuna demonstriert – trotz allgemeinen Demonstrationsverbots durch die regionalen Behörden. Nicht nur im Baskenland versucht die spanische Regierung die Infrastruktur Batasunas zu zerschlagen: Webserver, die die Internetseiten von Batasuna beinhalten, sollen die USA vom Netz nehmen. Von der französischen Regierung verlangt Spanien die Vernichtung der baskischen Infrastrukturen im französischen Baskenland: das Büro des Europa-Beauftragten in Bayonne sollen die französischen Behörden schließen. – map

nostia-San Sebastian) ein Gerichtsgebäude zu sprengen. Die Bombe konnte nach dem Warnanruf der Organisation entschärft werden.

Es stellt sich die Frage, was diese Doppelstrategie im Verbotverfahren soll? Es gibt nur eine Antwort: Madrid ist sich über einen positiven Ausgang des offiziellen Verbotverfahrens nicht sicher und will mit allen Mitteln Batasuna noch vor den Kommunalwahlen im nächsten Jahr aus dem politischen Leben drängen. Gute Gründe für die Unsicherheit Madrids gibt es.

Der Experte für Verfassungsrecht Javier Perez Rollo erklärte, quasi keiner der 23 angeführten Verbotsgründe stelle auch nach dem neuen Gesetz eine Grundlage für ein Parteiverbot dar. Der Professor und Ex-Rektor der Universität von Sevilla geht zudem davon aus, dass die

zu verfolgen. Da die große Mehrheit der Basken und deren Parteien gegen das Verbot sind, ist eine Verfassungsklage wahrscheinlich

Auffällig ist auch, dass sich die Regierung den ganzen Wirbel um das neue Parteiengesetz hätte sparen können, wenn die jetzt von Garzón erhobenen Vorwürfe stimmten. Wenn die Partei tatsächlich „ein weiteres großes Unternehmen“ der ETA wäre, hätte sie auch nach dem alten Gesetz verboten werden können. Dieser Nachweis ist Garzón bei etlichen Organisationen bisher misslungen. Dass das Parteiengesetz genau in der Zeit geändert wurde, seitdem Garzón offen von der Unterordnung der Partei unter die ETA spricht, zeigt an, dass es mit Beweisen für Garzóns Vorwürfe auch diesmal nicht weit her sein dürfte.

(c) Ralf Streck, 28.8.2002, aus: ai Nr. 263

Nigeria: Protest gegen Shell und Chevron

Seit Anfang Juli besetzen Hunderte von Frauen immer wieder Anlagen der Erdölkonzerne Shell und Chevron-Texaco im Niger-Delta, um gegen die Umweltzerstörung in der Region und gegen die Menschenrechtsverletzungen und die Verbesserung ihrer Situation durchzusetzen: Sie fordern Arbeit, die Errichtung von Schulen, Wassersystemen, ein Gemeindezentrum, eine Bücherei ... An der letzten bekannt gewordenen Besetzung beteiligten sich etwa 3000 Frauen. Der Shell-Sicherheitsdienst und Militärs griffen die Frauen an. Laut indymedia-Nigeria wurden mindestens 10 Frauen verletzt; eine Frau starb auf dem Weg ins Krankenhaus, nachdem sie angeschossen worden war. Den beteiligten Frauen zufolge sind 15 Menschen seither „verschwunden“ – also entweder verhaftet oder sogar ermordet. Unterstützt werden die Frauen vom Gewerkschaftsverband Nigeria Labor Congress, der am 20.7. in der Hauptstadt Lagos eine Demonstration organisierte.



Bayer-Pestizid tötet Kinder in Peru

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss macht die Bayer AG für 24 tödliche Pestizidvergiftungen verantwortlich. Betroffene Familien fordern Ausschluss des Unternehmens vom UN Global Compact.

Die Bayer AG hat über Jahre hinweg als Hauptimporteur Parathionethyl und -methyl, beide extrem gefährliche und hochgiftige Organophosphat-Insektvernichtungsmittel, nach Peru eingeführt. Das Insektengift mit dem Produktnamen „Folidol“ wurde vor allem in entlegenen Andenregionen an Kleinbauern vermarktet.

Im Oktober 1999 starben im Dorf Taucamarca 24 Kinder, nachdem sie in der Schule verunreinigtes Milchpulver zu trinken bekamen. 18 weitere wurden schwer vergiftet. Der peruanische Kongress berief daraufhin einen Untersuchungsausschuss ein, der jetzt seinen Abschlussbericht vorlegte. Demnach führten ungenügende Sicherheitsmaßnahmen zu den Vergiftungen: Das Bayer-Produkt Folidol ist ein weißes Pulver, das Milchpulver ähnelt. Es enthielt keinen Warngeruch und wurde in durchsichtigen Tüten am Straßenrand verkauft. Informationen zur Gefährlichkeit der Produkte fehlten entweder ganz oder waren in Spanisch abgefasst – die Bewohner des Hochlandes sind jedoch überwiegend Analphabeten, die Quetschua sprechen. Statt mit Warn-Piktogrammen waren die Tüten mit Abbildungen von Gemüse bedruckt. Der Ausschuss fordert, dass die Bayer AG und die Regierung die betroffenen Familien entschädigen.

PAN Germany fordert schon seit Jahren, dass insbesondere in Entwicklungsländern unter Armutsbedingungen keine derart giftigen Pestizide vermarktet werden dürfen. „Es ist unakzeptabel, dass es weltweit immer wieder zu teilweise tödlichen Pestizidvergiftungen kommt, obwohl mit dem ökologischen Landbau eine ungefährliche und der sozio-ökonomischen Situation angepasste Alternative zur Verfügung steht“, meint Carina Weber, PAN Germany Geschäftsführerin. Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren er-

gänzt: „Trotz jahrelanger Warnungen hält Bayer an dem Verkauf hochgefährlicher Pestizide fest und trägt damit die Verantwortung für den Tod der Kinder. Das Unternehmen muss endlich seine Ankündigung aus dem Jahr 1995 umsetzen, alle Wirkstoffe der Gefahrenklasse I weltweit vom Markt zu nehmen.“

Die betroffenen Eltern haben sich zudem mit einem Brief an den UN Generalsekretär Kofi Annan gewandt. Darin fordern sie ihn auf, die Bayer AG vom Global Compact auszuschließen. Dabei handelt es sich um eine Partnerschaft der Vereinten Nationen mit Unternehmen, die sich u.a. zum Schutz der Menschenrechte und zu einem umsichtigen Umgang mit der Umwelt verpflichten. (Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) e.V., Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) e.V.)

Frankreich: Harte Auseinandersetzung um Asyl- und Ausländerpolitik

Knapp 10000 demonstrierten am 7./8. in Paris und anderen französischen Städten für eine Aufenthaltsgenehmigung für sog. illegaler Einwanderer. Zuvor hatten Flüchtlinge zwei Wochen lang die Königsbasilika St. Denis nördlich von Paris besetzt, mussten aber dem Druck der Reaktion und der Drohung einer gewaltsamen Räumung weichen. Die Organisatoren der Demonstrationen versuchen, die Proteste in eine große „Legalisierungskampagne“ einmünden zu lassen und ähnlich wie 1998 eine gesetzliche Regelung zu erreichen. Damals hatten 90.000 von 140.000 Antragstellern Papiere bekommen. In die Liste, die Mitte August in St. Denis ausgelegt wurden, haben sich binnen kurzem bereits mehrere tausend Menschen eingetragen. Die Rechtsregierung hat inzwischen eine massenhafte Legalisierung kategorisch ausgeschlossen. Mehr noch, sie ist dabei die Ausländer- und Asylpolitik drastisch zu verschärfen. So hat sie jüngst mit Rumänien ein Abkommen über die zwangsweise Rückführung rumänischer Flüchtlinge abgeschlossen, ein ähnliches Abkommen soll nun Mali abgepresst werden, das stark auf französische Wirtschaftshilfe

hofft. Die Zeit zur Bearbeitung von Asylansuchen soll drastisch verkürzt, abgelehnte Bewerber unverzüglich abgeschoben werden. Gerade erst hat die Regierung 13 Länder von der Liste der Staaten gestrichen, in denen erwiesenermaßen Menschenrechtsverletzungen vorkommen; Asylansuchen von Flüchtlingen aus den auf der Liste geführten Ländern müssen angenommen werden.

GB: Menschenrechtsverletzungen nach dem 11.9.

Amnesty International wirft Großbritannien grobe Verletzungen der Menschenrechte vor. In einem jetzt vorgelegten Bericht stellt ai heraus, dass Menschen, die im Zusammenhang mit den Maßnahmen nach dem 11.9. inhaftiert wurden, in Kleingruppenisolation gehalten werden und 22 Stunden am Tag in der Zelle eingesperrt sind. Gefangenen des Hochsicherheitsgefängnisses Belmarsh werden eine angemessene medizinische Versorgung und Rechtsbeistand verweigert. So dürfen sie z.B. nicht mit Rechtsanwälten telefonieren. Haben sie noch keinen Rechtsbeistand, können sie sich auf diese Weise auch keinen beschaffen. Besuche von Angehörigen und Freunden werden von einem Gefängnisbeamten überwacht und aufgezeichnet. Gespräche dürfen nur in Englisch geführt werden – in mindestens einem Fall konnte der Besuch deshalb nicht stattfinden. Außerdem dürfen sie nicht mit muslimischen Geistlichen sprechen und ihre Gebetszeiten sind eingeschränkt. Elf Gefangenen sind ohne Anklage oder Prozess inhaftiert, für eine ungewisse und potenziell unbegrenzte Zeitdauer, und zwar entsprechend ihrer Einstufung als nach dem Antiterrorgesetz des internationalen Terrorismus verdächtig; diese Einstufung durch den Staatssekretär erfolgte auf der Grundlage geheimer Informationen, die den Gefangenen nicht dargelegt wurden und die diese deshalb auch nicht bestreiten können. Weitere 25 Gefangene sind nach dem Terrorismus Act aus dem Jahr 2000 inhaftiert, einige wiederum ohne Anklage.

Zusammenstellung: scc

BERLIN. Die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“ ist am 17. August in Bremen aufgebrochen und wird mit einer Demonstration und Kundgebung am 21. September, dem Tag vor der Bundestagswahl, in Berlin enden. Durch die Aktion soll in verschiedenen Städten, Dörfern und Flüchtlingsheimen in ganz Deutschland die Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Kräften gestärkt, der Kontakt unter den Flüchtlingsorganisationen intensiviert und Unterstützung des Flüchtlings-Widerstands organisiert werden. Die Tour wird auch die untragbaren, inhumanen Zustände in den deutschen Flüchtlingsheimen in die Öffentlichkeit bringen. In Hamburg z.B. demonstrierten 400 Menschen und setzten der Stadt für ihre bundesweit herausragende Rolle bezüglich der repressiven Flüchtlingspolitik ein Denkmal. Bilder: res. www.insof.org/caravan/2002/tour



Wahlaufzug aus der Friedensbewegung – Zeitungsanzeige

KASSEL. Die folgende Anzeige wird am Mittwoch, den 18. September, in der Frankfurter Rundschau erscheinen. Der Bundesausschuss Friedensratschlag ruft dazu noch zu Spenden auf. „Unsere Stimme gegen den Krieg. Wir wollen Frieden, Abrüstung, Gerechtigkeit und Solidarität unter den Völkern. Krieg als Mittel der Politik lehnen wir ab. Wir wollen die Spirale von Unterdrückung, Gewalt und Terror unterbrechen. Deshalb engagieren wir uns für die Überwindung von Ausbeutung, Armut und Not – dem Nährboden von Krieg und Terrorismus. Politische Probleme müssen durch Diplomatie, durch zivile Konfliktregulierung und Krisenprävention gelöst werden. Wir wehren uns gegen die weltweiten militärischen Interventionen, gegen die Missachtung der Menschenrechte und gegen den internationalen Waffenhandel. Massenvernichtungswaffen müssen zerstört, die Androhung ihres Einsatzes muss weltweit geächtet werden. Wir brauchen keine neuen Waffen. Die dafür vorgesehenen Gelder müssen zur Lösung sozialer, bildungs- und arbeitsmarktpolitischer Aufgaben verwendet werden. Der angekündigte Krieg gegen den Irak ist die Nagelprobe für die Friedensbereitschaft deutscher Politiker. Wir erwarten konkrete Taten. Dazu gehört der Abzug deutscher ABC-Panzerverbände aus Kuwait und der Marine aus der Golfregion und den Küsten vor Afrika. Mit der amerikanischen Nutzung der militärischen Infrastruktur in Deutschland einschließlich der US-Basen in Spangdahlem, Ramstein und am Frankfurter Flughafen muss Schluss sein. Wir verlangen von den Kandidaten der Parteien ein klares „Nein“ zum Krieg gegen den Irak und ein Bekenntnis zu Abrüstung und friedlicher Konfliktlösung. Sorgen wir durch unsere Stimme dafür, dass sich die Zahl der Kriegsgegner im Deutschen Bundestag über den Kreis der PDS-Fraktion und weniger Abgeordneter anderer Fraktio-

nen hinaus erhöht. Unser Land braucht viele verlässliche Kriegsgegner im Bundestag.“

Mail to:

Frieden-und-Zukunft@t-online.de

Wuppertal stellt sich quer gegen Nazi-Kundgebung am 7.9.

WUPPERTAL. Am Samstag, den 7.9. kamen auf dem Rathausvorplatz in Wuppertal-Barmen etwa 3000 GegnerInnen der zeitgleich am Barmer Bahnhof stattfindenden NPD Kundgebung zusammen. Darunter viele jüngere Leute und ca. die Hälfte aus dem linken antifaschistischen Spektrum. Obwohl die Polizei eine angekündigte Gegendemonstration des Bündnisses „Wuppertal stellt sich quer“ (es gab ein zweites Bündnis, in dem der DGB und die vertretenen Parteien im Rat u.a. waren, das nur zu einer Kundgebung aufgerufen hatte) zu verhindern versuchte, setzte sich ein großer Teil der Anwesenden um 11.45 Uhr in Richtung Alter Markt in Bewegung. Nach wenigen Metern wurde der Demonstrationszug durch die Polizei unter Schlagstockeinsatz gestoppt, wobei es zu ersten Festnahmen und Verletzten kam. Mit einer Kehrtwende ließen es sich die DemonstrantInnen aber nicht nehmen, in die andere Richtung zu gehen und somit die Hauptverkehrsstraße, die B7, zu besetzen. Leider war die Masse denn doch nicht ganz so entschlossen, dass ein Vor-

dringen Richtung Nazis gegen die Polizei möglich gewesen wäre. – Ein zweiter Demonstrationszug führte anschließend mit etwa 2500 Menschen zum Neubau der jüdischen Synagoge, um der jüdischen Gemeinde gegen die Provokation der Nazis den Rücken zu stärken. Immer wieder gelang es einigen Kleingruppen, in direkte Nähe zur Nazikundgebung zu kommen und diese mit lauten Pfiffen und Parolen zu stören. Bei ihrer Abfahrt wurden die Nazis u.a. durch Megaphon vom anderen Bahnsteig aus beschimpft. Allerdings kam es bei diesen Aktionen auch zu einigen Platzverweisen. Gegen das Abspielen der verbotenen ersten Strophe des Deutschlandliedes auf der NPD Kundgebung und dessen Duldung durch die Polizei wurde bereits Anzeige erstattet. Insgesamt wurden 5 GegendemonstrantInnen in Gewahrsam genommen.

www.wuppertal-dichtmachen.de

Abschiebung der Familie Salame vom Verwaltungsgericht gestoppt

GÖTTINGEN. Jubel auf dem Platz vor der Northeimer Ausländerbehörde am 3. September 2002: Während einer Dauerkundgebung vor der Behörde ging die Pressemitteilung vom Verwaltungsgericht Göttingen ein über den Stopp der geplanten Abschiebung von Familie Salame, die als erste von über 120 Northeimer Bürgerkriegsflüchtlings (aus dem Libanon) in die Türkei abgeschoben werden sollte. Darin heißt es: „Die 1. Kammer des Verwaltungsgerichts Göttingen hat heute die vom Landkreis Northeim für Donnerstag (5. September) geplante Abschiebung eines türkischen Ehepaares gestoppt, das langjährig im Libanon gelebt hat und sich seit 1988 in Deutschland aufhält. Nach aktuellen fachärztlichen Attesten leidet die Ehefrau an einer schweren Depression, die sich im Fall der Abschiebung in die Türkei ver-



schlimmern wird. Soweit der Landkreis Northeim davon ausgegangen ist, dass die psychische Erkrankung der Frau in der Türkei behandelt werden könne und deshalb eine konkrete Gefährdung nicht bestehe, beurteilt das Gericht dies anders. Mit hoher Wahrscheinlichkeit sei dort eine adäquate Behandlung nicht zu erlangen. Denn die Lage psychisch Kranker gestalte sich in der Türkei auch nach der Einschätzung des Auswärtigen Amtes als besonders schwierig, weil notwendige psychotherapeutische Maßnahmen dort nicht allgemein gewährleistet oder sogar ausgeschlossen sind. Wegen der fachärztlich bescheinigten akuten Selbstmordgefahr bei der Ehefrau im Falle einer Abschiebung dürfe diese aus gesetzlichen Gründen nicht durchgeführt werden. Unabhängig davon, ob eine bei dem Ehemann attestierte Depression sich zu einer konkreten Selbstmordgefahr bei ihm verdichtet habe, bestehe für ihn ein Abschiebungshindernis aus dem grundrechtlichen Schutz von Ehe und Familie gemäß Artikel 6 Grundgesetz.“
Info unter: www.libasoli.de

Rassistischer Mob greift an 2 Tagen Flüchtlingsunterkunft an

ALGERMISSEN, KREIS HILDESHEIM. Bereits am Samstag wurde eine Gruppe von vier Tamilen von etwa 20 deutschen Jugendlichen, darunter 4 Skinheads, auf dem Schützenfest angegriffen. Das Gerücht von einer versuchten sexuellen Nötigung, das laut HAZ vom 3.9.2002 der Anlass für die Überfälle darstellte, war zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht aufgekommen. Die Flüchtlinge flohen zurück in ihre Unterkunft, wurden jedoch von der Gruppe verfolgt und mehrfach geschlagen. Nachdem die Polizei weg war, kamen die Täter zurück und zerschlugen mehrere Scheiben der Unterkunft mit Stühlen. Am Sonntagabend überfielen gegen 21 Uhr etwa 50, teils mit Eisenstangen bewaffnete Schützenfestbesucher erneut die Unterkunft, diesmal unter Bezugnahme auf einen angeblichen Versuch sexueller Nötigung durch einen der Flüchtlinge. Diesmal handelte es sich nicht nur um Jugendliche, sondern um erwachsene Dorfbewohner, die lauthals rassistische Parolen grölten. Einige Personen drangen in die – nicht abschließbare – Flüchtlingsunterkunft ein, zertrümmerten eine Zwischentür und versuchten, auch die abgeschlossenen Zimmertüren aufzubrechen, hinter die sich die in Angst und Schrecken versetzten Bewohner geflüchtet hatten. Erst nach mehr als einer Stunde verschwanden die Angreifer.

Nach Recherchen des Hildesheimer Vereins „Asyl e.V.“ sowie des Niedersächsischen Flüchtlingsrats sind den Angriffen vom Wochenende bereits mehrere rassistischen Überfälle vorausgegangen: Vor 5-6 Monaten wurde ein Tamile vor seinem Zimmer ins Gesicht geschlagen und erstattete Anzeige gegen den Täter. Vor drei Monaten wurden sämtliche

Wände innerhalb der Flüchtlingsunterkunft mit rassistischen und rechtsradikalen Parolen sowie Hakenkreuzen besprüht, welche die Gemeinde beseitigen ließ, offenbar ohne Strafanzeige zu stellen. Vor 2,5 Monaten wurden tamilische Flüchtlinge von einem Mann, der einen in der Flüchtlingsunterkunft lebenden deutschen Obdachlosen besuchte, mit einer Gaspistole aufgefordert, „ins Haus“ zu gehen. Der Niedersächsische Flüchtlingsrat und der Flüchtlingshilfeverein „Asyl e.V.“ fordern eine sofortige Festnahme und strafrechtliche Verfolgung der Täter, die den betroffenen Flüchtlingen teilweise bekannt sind.

www.info.partisan.net



„Keine Notlösung mehr!“ – Schüler erfolgreich nach Schulboykott

PINNEBERG. Raumnot, Fenster, die sich nicht öffnen lassen, fehlende und kaputte Tafeln, Unterricht an Biertischen, veraltete Bücher, so die Situation an der Johannes-Brahms-Schule, die über Jahre von allen ertragen wurde. Doch Ende August brach der aufgestaute Frust aus: 950 SchülerInnen traten in einen Schulboykott. Die Forderung an die Politik: Ersatz für fehlende Lehrkräfte, allgemeine Lehrmittel durch Aufhebung der Haushaltssperre, ausreichende Ausstattung der Schulräume, unverzügliche Erweiterung der Schule inklusive Sporthalle und Aufenthaltsraum sowie Sanierung des alten Gebäudes aus dem Jahr 1962. Volle Rückendeckung bekommen die SchülerInnen von ihrer Direktorin, dem 70-köpfigen Lehrerteam und dem Schulleiternbeirat. Die Politik reagiert prompt und der Hauptausschuss behandelt den Boykott auf seiner Sitzung. Eine Schülerdelegation nutzte die Sitzung, um mit Transparenten und Worten auf die Politiker einzuwirken. Etwa 50 SchülerInnen ließen ihren Worten auch Taten folgen und übernachteten in der Schule. Die Klassen 9 bis 13 blieben auch am zweiten Tag im Schulboykott. Am Nachmittag kam die Kehrtwende. In einem einstündigen Gespräch zwischen den Schülern, Bürgermeister Nitt, Vertretern verschiedener Ämter und Lehrern dann die Einigung: 23.000 Euro werden sofort aus

dem gesperrten Haushalt freigegeben, die Aula wird zu einem Studienraum umgerüstet und in zehn Monaten könne die Schule, so die Aussage eines Sachverständigen, hergerichtet sein. Schülersprecher Jakob de Boer zu dem Ergebnis: „Das war ein Etappensieg. Deshalb setzen wir den Streik aus.“

S.P. Elmshorner Gegensätze 9/2002

Übergabe eines Mahnmals für die Opfer der NS-Justiz in Mannheim

MANNHEIM. Der Arbeitskreis Justiz (AKJM) konnte nach jahrelangem Engagement die Idee eines Mahnmals für die Opfer der Justiz im Nationalsozialismus verwirklichen. Am 12. September wurde es der Öffentlichkeit übergeben. Begrüßungsworte kamen von Dr. Werner Münchbach (Präs. OLG), Prof. Dr. Ulrich Goll (Justizminister) und Barbara Ritter (AKJM), die Ansprache hielt Prof. Dr. Jutta Limbach, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts a.D. Am Nachmittag war ein Theaterstück über einen Prozess des Mannheimer Sondergerichts und die Karrieren der Richter nach 1945 zu sehen. Auf dem Freigelände zwischen Amtsgericht und Schloss (juristische Fakultät) steht nun eine Doppelstele mit folgendem Text: „Den Opfern der Justiz im Nationalsozialismus zum Gedenken. Im Westflügel des Schlosses, in dem sich heute die Juristische Fakultät der Universität befindet, und in den Sälen des Amtsgerichts und Landgerichtes haben von 1933–1945 das Sondergericht, der Volksgeschichtshof sowie Straf- und Zivilgerichte Unrechts- und Terrorurteile gefällt. Viele Richter und Staatsanwälte verbreiteten in zahllosen Prozessen Angst und Schrecken und dienten damit der Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen Diktatur. Keiner wurde dafür jemals bestraft. Die meisten amtierten in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik wieder an Gerichten und anderen Justizbehörden. 73 Menschen wurden allein aufgrund der Urteile des NS-Sondergerichts Mannheim hingerichtet.“ Es folgen die Namen.

kim

„Wärterhäuschen aufstellen!“

FRANKFURT A.M. Attac-Frankfurt protestiert mit einem Offenen Brief gegen die Abräumung einer Bautafel der Ordensleute für den Frieden (IOF) an der Großen Gallusstraße/Ecke Kirchnerstraße. Die Tafel wies auf die baldige Errichtung eines „Mahnmals für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung“ hin, die der Künstler Jens Lehmann im Auftrag der IOF in Form eines „verwaisten Wärterhäuschens“ gestaltet. Attac fordert die Stadt auf, die Bautafel zurückzugeben, das Mahnmal zu genehmigen, die Rechnung des Straßenbauamtes über 333 Euro zurückzuziehen und einen entsprechenden Beschluss des Ortsbeirats 1 umzusetzen.

www.attac-netzwerk.de/frankfurt

•

Appell von 100 Persönlichkeiten und Menschenrechtsorganisationen

Das Herumschubsen und Herausdrängen von Minderheiten muss enden!

DÜSSELDORF. Über 100 bekannte Persönlichkeiten und Organisationen haben in Düsseldorf einen eindringlichen Appell für ein humanitäres Bleiberecht der Roma veröffentlicht. Zu den Unterzeichnern gehören u. a. Günter Grass, Eva Pankok, Günter Wallraff, Die Toten Hosen, Aktion Courage, Landesflüchtlingsräte der Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL, das Ökumenische Netzwerk Asyl in der Kirche, „Kein Mensch ist illegal“, Internationale Liga für Menschenrechte, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Düsseldorfer Appell und Düsseldorfer Friedensforum.

In dem Aufruf werden Bundesregierung, Innenministerium und die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft aufgefordert sich für einen sofortigen Abschiebestopp für Roma und andere Minderheitenangehörige aus dem ehemaligen Jugoslawien einzusetzen, für eine humane Altfallregelung/Schlußstrich-Regelung einzutreten, die den Menschen, die seit Jahren hier leben, die hier geboren und mit ihren Familien hier integriert sind, eine sinnvolle Lebensperspektive anbietet.

Irene Dulz vom Flüchtlingsrat NRW erklärte dazu: „Wir erwarten von der Politik, dass sie die berechtigten Anliegen der Roma ernst nimmt, dass sich jeder Politiker auf seiner Ebene für zuständig erklärt und an konstruktiven Lösungen mitgestaltet. Es muss sichergestellt sein, dass vor Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes mögliche Lösungen nicht versperrt und – etwa durch Abschiebungen – vollendete Tatsachen geschaffen werden.“

PRO ASYL Vorstandsmitglied Heiko Kauffmann erinnerte an die Wahlversprechen der Parteien: „Alle Parteien sprechen von Integration und einem ‚weltoffenen Deutschland‘. Die Politik muss jetzt Farbe bekennen: im Umgang mit den hier lebenden Minderheiten wie den Roma zeigt sich, wer es wie ernst mit Menschenrechten und Integration meint.“

Isabel Basterra vom AK Asyl NRW hob die Offenheit und das Verständnis der Öffentlichkeit und der Medien für die Anliegen der Roma hervor: „In einer weltoffenen Stadt wie Düsseldorf sollte auch der Oberbürgermeister wissen, was er deren Ruf schuldet. Wir erwarten eine menschliche, humanitäre Reaktion, die seinem Amt und seiner Verantwortung gerecht wird.“

<http://www.proasyl.de/> 16.08.2002

Ermittlungen gegen OB Erwin eingeleitet

Die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft prüft, ob Erwin seine Stellung als Amtsträger missbraucht und Demos der Roma verhindert hat

DÜSSELDORF. Gegen den Düsseldorfer Oberbürgermeister Joachim Erwin (CDU) ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

„Es besteht der Anfangsverdacht der Störung der Versammlungsfreiheit, der schweren Nötigung und der Untreue“, sagte der Sprecher der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft, Johannes Mocken, am Montag. Erwin werde vorgeworfen, seine Stellung als Amtsträger missbraucht und Demonstrationen von Roma mehrfach behindert zu haben.

Im Gespräch mit DuesseldorfToday erklärte Erwin am Montagmittag, dass er von dem Ermittlungsverfahren gegen ihn nur durch die Medien wisse. „Wenn die SPD meint, das machen zu müssen, nehme ich die Anzeige mit Genugtuung zur Kenntnis“, so Erwin. Er sehe der Anzeige mit großer Gelassenheit entgegen. „Das zeigt doch nur, dass es schwierig ist, die Freiheitsrechte der Menschen in Deutschland durchzusetzen“, so Erwin weiter.

Hintergrund des Verfahrens ist das Ver-

halten Erwins gegenüber der demonstrierenden Roma in Düsseldorf. Bereits im August hatte die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft eine Prüfung angekündigt. So soll Erwin rechtswidrig städtische Arbeiter zur Grünpflege am Rathaus beordert haben, um eine Demonstration der Roma auf dem Marktplatz zu verhindern und den Staufeuernplatz, auf dem die Roma ihr Lager aufstellen wollten, ohne Not zur Baustelle erklärt haben.

So sei auf dem Staufeuernplatz anstelle von „dringenden Kanalarbeiten“ vorwiegend lediglich Baumaterial abgeladen worden. Auf dem Rathausplatz hätten die meisten städtischen Mitarbeiter anstelle der Vorgabe, dort Blumen zu pflegen, „tatenlos herumgestanden“, oder seien mit ihren Wagen ziellos auf dem Platz hin- und hergefahren, sagte Mocken. In dem Zusammenhang werde auch der Vorwurf der Untreue wegen des sachfremden Einsatzes von Personal und Material auf Kosten der Stadtkasse geprüft.

Wegen der Vorgänge waren mehrere Strafanzeigen eingegangen. Außer dem

Flüchtlingskarawane unterstützt die Roma in ihrem Kampf um gesicherten Aufenthaltsstatus

KÖLN. Am Wochenende 30.8. – 1.9.02 besuchte die Karawane im Rahmen ihres Aufenthaltes in Köln das Containerlager in Köln-Kalk und zwei Mal das Romacamp auf den Rheinwiesen in Düsseldorf.

Ende April machten etwa 500 Roma aus Nordrhein-Westfalen mit einer spektakulären Aktion auf sich aufmerksam: Aus Protest gegen ihre drohende Abschiebung in das ehemalige Jugoslawien starteten sie eine Karawane durch verschiedene Städte der BRD. In dem vom Krieg zerstörten Land hätten sie weder eine Existenzgrundlage noch eine Lebensperspektive. Trotzdem beschloss die Bundesinnenministerkonferenz am 6. Juni 2002, mehr als 50 000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, 80% davon sind Roma, abzuschieben. Pro Jahr sollen 1 200 Personen deportiert werden, pro Monat etwa 70 bis 80. Laut der Roma-Organisation Centre of Integration, Affirmation and Emancipation (C.I.A.E.) sind es bereits jetzt monatlich mindestens doppelt so viele. Mit ihrem Protest wollen die Roma ein dauerhaftes Bleiberecht in der BRD durchsetzen. „Schließlich war die BRD ja an der Zerstörung unseres Heimatlandes maßgeblich beteiligt“, so der Vorsitzende der C.I.A.E. Dzonni Sichelschmidt gegenüber Karawane.

„Also trägt die Bundesregierung auch die Mitverantwortung für die Opfer dieses Krieges.“

Der Widerstand ist inzwischen stärker geworden: Die Gruppe auf mehr als 700 Personen angewachsen. Nach einer Odyssee durch verschiedene Stationen im Rheinland haben sie ihr provisorisches Lager auf dem Schützenplatz an den Düsseldorfer Rheinwiesen aufgeschlagen. Doch mit ihrer Aktion treffen sie nicht überall auf Gegenliebe. In Köln wurden sie während einer Demonstration von der Polizei in die Irre geschickt. Aus Protest dagegen blockierten sie kurzherhand einen der Hauptverkehrsknotenpunkte der Rheinmetropole. In Berlin machte die Polizei eine Razzia auf dem Camp – fünf Minuten, nachdem ein Sprecher der Organisation mit dem Polizeipräsidenten Burgfrieden ausgehandelt hatte. Alle Roma wurden vorübergehend festgenommen und mit einem Plastikband mit der Aufschrift „Arbeitsamt“ gekennzeichnet. In einem Düsseldorfer Stadtteil mobilisierten Anwohnerinnen einen so heftigen Protest gegen das Romacamp, dass diese sich einen anderen Platz suchen mussten. Doch trotz allem setzten die Roma ihren Widerstand konsequent fort. Vor etwa drei Wochen blockierten sie allmorgendlich die Botschaft

CDU-Politiker Erwin kämen auch weitere Mitarbeiter der Stadt als Verantwortliche in Betracht, sagte Mocken. Die Staatsanwaltschaft führte als Beweismittel auch eine Pressemitteilung der Stadt vom 13. August an. Aus ihr gehe hervor, dass die Stadt nicht das Ziel gehabt habe, Blumen zu pflegen, sondern die Versammlung zu vereiteln. Erwin hatte die Vorwürfe zurückgewiesen.

Die Thematik um die Roma und ihre Forderung nach einem Bleiberecht beschäftigt Stadt, Polizei und Land schon seit einiger Zeit. Vor einigen Wochen war der Streit zwischen Erwin und Bezirksregierung eskaliert, Regierungspräsident Jürgen Büssow (SPD) hatte Erwin Taschenspielertricks und Intoleranz gegenüber ethnischen Minderheiten vorgeworfen. Diese Vorwürfe nahm er allerdings bei einem „Behörden-Gipfel“ zurück. Ein Sprecher der Bezirksregierung stellte jedoch klar, dass nach wie vor geprüft werde, ob der Oberbürgermeister die Versammlungsfreiheit der Roma behindert habe.

DuesseldorfToday, 2.09.2002
Die ganze Auseinandersetzung ist dokumentiert bei
www.zakk.de/kok/



Bild: www.arbeiterfotografie.de

Jugoslawiens in Düsseldorf. Sie wollten mit dieser Aktion die Landesvertretung unter Druck setzen, der Bundesregierung einen realistischen Bericht über die Lage der Roma in den ehemaligen jugoslawischen Staaten zu geben. Sie kamen jeden Morgen wieder, so lange, bis ihnen schließlich ein Gesprächstermin angeboten wurde. Bei dieser Unterredung signalisierten die Botschaftsvertreter, dass Jugoslawien durchaus bereit sei, die Roma aufzunehmen. Aber nur, wenn die BRD sich an der finanziellen Verantwortung für deren Wiedereingliederung beteiligt.

In dem Containerlager in Köln-Kalk leben etwa 300 Personen – darunter mehr als 200 Kinder. Die meisten von ihnen sind Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien. Sie sind in Blechcontainern auf dem Gelände einer ehemaligen Chemiefabrik untergebracht, obwohl bekannt ist, dass sich dort Rückstände von Arsen und Blei im Boden befinden. Viele der dort lebenden Familien waren bereits einmal nach Bosnien oder Montenegro zurückgekehrt, und standen dort vor dem Nichts. Deshalb kamen sie in die BRD zurück. Die Leben im Lager ist hart: Dreimal pro Tag gibt es Massenspeisung – gegessen wird, was auf den Tisch kommt. Zwanzig Personen müssen sich eine Dusche teilen. Familien, egal ob sie sechs, acht oder zehn Kinder haben, werden in ein, maximal zwei Zimmer gequetscht. Eine der Roma-Frauen erzählte, dass sie

für sich, ihren Mann und ihre zehn Kinder etwa 300 € pro Monat ausgezahlt bekommt. Zwei Wünsche müssten sich erfüllen, darüber waren sich alle einig, mit denen wir gesprochen haben: 1. eine eigene Wohnung. 2. die Möglichkeit eigenständig einzukaufen und zu kochen, worauf die Familien Lust haben.

Die beiden Flüchtlingskarawane beschlossen, ihren Widerstand zu vernetzen. Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrantinnen unterstützt die Forderung nach einem gesicherten Aufenthaltsstatus für die gesamte Gruppe der Roma aus Ex-Jugoslawien und fordert die umgehende Umsiedlung aller Flüchtlinge aus dem Containerlager in Köln-Kalk in feste Unterkünfte. Außerdem werden alle Polittouristen aufgerufen, die in diesem Sommer so beliebte Tradition des politischen Zelteaufschlagens noch eine Weile zu verlängern und sich den Roma anzuschließen.

Die Düsseldorfer Roma brauchen dringend finanzielle Unterstützung, um ihren Protest fortsetzen zu können. Sie leben in einem Zeltlager, ohne medizinische Versorgung, ohne ausreichende Verpflegung und ohne die Möglichkeit für die Kinder, einen Kindergarten oder eine Schule zu besuchen.

Spenden bitte auf folgendes Konto: Dzoni Sichelschmidt, Stadtparkasse Düsseldorf, Kto.Nr.: 14289490, BLZ: 30050110.

www.insof.org/caravan/2002/tour/

Kein Wahlkampf auf Kosten von Zuwanderern!

Köln-Leverkusener CDU-Kandidat verstößt gegen Fairness-Abkommen

KÖLN. „Weniger Zuwanderung – mehr Arbeitsplätze“ steht auf seinen Plakaten, „Wir sind für null Toleranz gegenüber Verbrechen. Wir werden die Zuwanderung im Interesse unseres Landes steuern und begrenzen“, heißt es im Faltblatt, mit dem er für sich wirbt – der CDU-Kandidat für Köln-Mülheim/Leverkusen, Helmut Nowak.

Vor allem die Plakate stoßen auf Ablehnung in einem Stadtteil, in dem Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern, vor allem aber türkische Zuwanderer leben. Mülheimer Bürger/innen beschwerten sich beim Runden Tisch für Ausländerfreundlichkeit, der im Vorfeld der Wahl die Parteien im Kölner Rat zu einem Fairness-Abkommen aufgefordert hatte. Darin haben sich die Parteien verpflichtet: „Migrantinnen und Migranten nicht für negative gesellschaftliche Entwicklungen wie Arbeitslosigkeit oder Gefährdung der inneren Sicherheit verantwortlich zu machen.“ Genau das aber tut Nowak.

Frau Bartscherer vom Katholikenausschuss, eine der vom Runden Tisch eingesetzten Ombudsleute für einen fairen Wahlkampf und selbst Mitglied der CDU, befindet: Das Plakat ist ein eindeutiger Verstoß gegen das Abkommen.

Mit Schreiben vom 28.8. fordert sie den CDU-Kandidaten auf, die Plakate bis Ende der Woche zu entfernen. Doch ihre Aufforderung bleibt bis zum 1. September ohne Wirkung.

Am 3. September berichtet daraufhin



Beifall von ganz Rechts blieb für Nowak nicht aus. Inzwischen gibt es auf der Internetseite der neofaschistischen Bürgerbewegung Pro Köln einen Wahlauftrag für Nowak:

„*Erststimme für Helmut Nowak!* Die Bürgerbewegung pro Köln ruft die Wähler im Bundestagswahlkreis Mülheim-Leverkusen dazu auf, ihre Erststimme dem CDU-Kandidaten Helmut Nowak zu geben. Grundlage dieses Wahlauftrages ist ein von Nowak in den Wahlkampf eingeführtes Plakat mit der Losung: „Weniger Zuwanderung! Mehr Arbeitsplätze!“ Dazu erklärt die Vorsitzende von pro Köln, Judith Wolter: „Nowak hat ganz offensichtlich den Zusammenhang zwischen Massenarbeitslosigkeit und Zuwanderung erkannt. Die großen, internationalen Konzerne wollen einen globalisierten Arbeitsmarkt, um mit dem Arbeitskräfte-Überschuß der wirtschaftlich weniger entwickelten Länder überall die Einkommen drücken zu können. Die Folge ist bei uns millionenfache Arbeitslosigkeit. Die Konzerne können mit der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland gut leben und gute Gewinne machen. ‚Offene Grenzen‘ sind im Interesse der wirtschaftlich Starken und benachteiligen diejenigen Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht durch Kapitalerträge, sondern durch Arbeit erwirtschaften. Mehr Zuwanderung bedeutet mehr Arbeitslosigkeit.“

Hut ab vor Helmut Nowak, der Mann hat Mut, unbequeme Wahrheiten auszusprechen und in eine einfache Formel zu fassen!“

der Kölner Stadtanzeiger. Laut Zeitungsartikel hält der Kölner CDU-Chef Blömer die Aussagen auf dem Plakat für „missglückt“. Er habe Nowak gebeten, die Tafeln abzuhängen. Anweisen könne er den Kandidaten aus Leverkusen, der Vorsitzender der dortigen CDU ist, allerdings nicht.

Inzwischen wächst der öffentliche Druck. Die PDS-Kandidatin im Wahlkreis

Leverkusen/Mülheim, Hamide Akbayir, emigrierte Kurdin und Mitglied des Ausländerbeirates der Stadt Köln, fühlt sich durch den herabwürdigenden Plakatschlag beleidigt und fordert: „Wir Wahlkreiskandidaten sollten gemeinsam den Mitbewerber Nowak zum Plakatwechsel bewegen und im Kampf um die Wählerstimmen fairer und besonnener sein.“ Auch die FDP-Kandidatin äußert sich entsprechend.

Nowak aber steht nach wie vor zu seinen Aussagen und will die Plakate hängen lassen.

Laut Stadtanzeiger hat der 61-jährige Unternehmer „mit einer gewissen Verwunderung von der Kritik aus der Nachbarstadt gehört“. Er sehe keinen Verstoß gegen das Abkommen. Als Brillenhersteller sollte er vielleicht einmal zum eigenen Produkt greifen und genau hinsehen:

Die Verknüpfung der Ablehnung von Zuwanderung mit der Forderung „mehr Arbeitsplätze“ impliziert, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen fehlenden Arbeitsplätzen und dem Ausländeranteil im Stadtteil gibt. Das ist nicht nur falsch, sondern auch rassistisch, ähnliche Aussagen finden sich in der Regel auf Wahlplakaten der REP oder der NPD.

Die Kölner CDU will jetzt auf einer Zusammenkunft der Ortsvereinsvorsitzenden noch einmal beraten. Richtig wäre nur eins: Abhängen und einstampfen.

Ulrike Bach



„CDU und FDP lehnen Fairness-Abkommen ab

ESSEN. CDU und FDP haben in Essen die Unterzeichnung eines Fairness-Abkommens für den Wahlkampf abgelehnt. In dem Abkommen, das von SPD und Grünen vorgeschlagen und von der PDS Essen unterstützt wurde, sollten sich die Unterzeichner auf einen fairen Wahlkampf verpflichten, „der auf Diffamierungen sowie ehrverletzende Bemerkungen verzichtet“ und „nicht zu Lasten von Minderheiten geht“. Gerade der letzte Punkt hat vor allem die CDU gestört. Sie fühlte sich unangenehm an Kampagnen wie „Kinder statt Inder“ erinnert, wo ihr Kanzlerkandidat in den letzten Monaten doch Tonnen von Kreide gefressen hat. Die Nicht-Unterzeichnung des Abkommens durch CDU und FDP läuft faktisch darauf hinaus, dass sie sich eine Tür offen halten für einen diffamierenden und ehrverletzenden Wahlkampf zu Lasten von Minderheiten. Dabei wäre es sicherlich besser gewesen, wenn der Vorschlag für ein Fairness-Abkommen von parteiunabhängigen Gruppen wie dem Ausländerbeirat oder Pro Asyl/Flüchtlingsrat gekommen wäre, wie es die PDS bei einer Veranstaltung des Ausländerbeirates der Stadt Essen im Juni vorgeschlagen hatte. So hätte der Vorschlag von SPD und Grünen nicht in den Geruch kommen können, selbst Wahlkampf zu sein.

Wolfgang Freye

**Kommentar
im Kölner
Stadtanzeiger
vom 3.9.2002**

NOWAK-PLAKAT *Verfehlt*

Mit seinem Wahlplakat „Weniger Zuwanderung! Mehr Arbeitsplätze!“ hat sich der Leverkusener CDU-Politiker Helmut Nowak einen schlimmen Fehltritt geleistet. In einem Stadtteil wie Mülheim, in dem industrielle Jobs zu Tausenden verloren gegangen sind und in dem nahezu jeder Fünfte keinen deutschen Pass hat, kann es für die Aussage nur eine Interpretation geben: ausländerfeindlich.

Es mag ja zum Wesen des Wahlkampfes gehören, Themen auf die kürzestmögliche Formel zu bringen; selbst solche, die existenzielle Fragen wie die finanzielle Absicherung, Bildung und Angst vor Kriminalität betreffen. Wer aber den Wählern mit kernig klingenden Botschaften weismachen will, bei geringeren Einwanderungszahlen gebe es allgemein mehr Beschäftigung, ist auf das Niveau von Rechtspopulisten wie Haider und Schill gesunken.

Spätestens seit der Beschwerde der Ombudsfrau Hannelore Bartscherer müsste er um seinen Fehler wissen. Es spricht gegen den Christdemokraten, dass die Ermahnung der Wahlkampfwächter so ganz ohne sichtbare Wirkung geblieben ist. Die Kölner CDU sollte alles daran setzen, den Kandidaten zur Einsicht zu bewegen.

ANDREAS DAMM

Trend zum Bürgerbegehren ungebrochen: BERLIN.

Dies stellt der Fachverband „Mehr Demokratie“ in seiner Halbjahres-Bilanz fest.

Auf Landesebene streben derzeit acht Initiativen Volksabstimmungen an. Spitzenreiter ist Hamburg, wo allein drei Volksinitiativen *gegen verkaufte Sonntage, die Privatisierung von Krankenhäusern und für ein neues Wahlrecht* eingeleitet wurden. Der von Gewerkschaften und Kirchen lancierte Antrag „Sonntag ist nicht alle Tage“ konnte nach der Einreichung von 20.000 Unterschriften bereits einen Erfolg verbuchen. Der Senat kündigte an, statt wie geplant bis zu 28 nur noch vier Shopping-Sonntage zu erlauben.

In Schleswig-Holstein lehnte der Landtag die Forderung ab, den *Schutz pflegebedürftiger Menschen* in die Verfassung aufzunehmen. Jetzt überlegen Sozialverbände, einen Volksentscheid einzuleiten. Für ein *Klon-Verbot* in der Landesverfassung streitet die bayerische ÖDP. Sie hat die erforderlichen 25.000 Unterschriften für die Beantragung eines Volksbegehrens im Juni eingereicht.

In einem vielbeachteten Urteil gab das Landesverfassungsgericht Sachsens grünes Licht für den von 62.000 Bürgern unterstützten Volksantrag „*Zukunft braucht Schule*“. Erstmals erklärten damit die Richter eines Landes Volksbegehren für zulässig, wenn sie sich auf den Landshaushalt auswirken. Mit diesem Urteil wird der Spielraum für die direkte Demokratie erheblich ausgeweitet. In Sachsen ist jetzt der Weg frei für einen Volksentscheid über die von der Landesregierung geplanten Schulschließungen.

Chancenlos ist hingegen das Volksbegehren der Republikaner gegen die *Zuwanderung* in Niedersachsen. Bisher liegen nach Angaben auf der Website der Partei weniger als 500 Unterschriften vor. Schließlich startete in NRW eine Volksinitiative, die die *Standorte von sechs geplanten Forensik-Kliniken* auf den Prüfstand stellt.

Gleich drei obligatorische Referenden stehen am 22. September in Hessen auf der Tagesordnung. Dann befinden die Wähler über die *Verlängerung der Wahlperiode sowie die Verankerung der Sportförderung und des Lastenausgleichs zwischen Land und Kommunen* in der Verfassung. Nachdem die Landesregierung die drei Abstimmungen zunächst koppeln wollte, gab sie schließlich dem Protest von Opposition und Juristen nach. Jetzt stimmen die Wähler über jede Frage einzeln ab.

Immer öfter wehren sich die Bürger gegen den Ausverkauf des städtischen Tafelsilbers. Zweidrittel der Wähler in Münster stimmten am 16. Juni *gegen die Privatisierung der Stadtwerke*. Im er-

sten landkreisweiten Bürgerentscheid Schleswig-Holsteins votierte in Nordfriesland eine satte Mehrheit *für den Verbleib der vier Kreis-Krankenhäuser in öffentlicher Hand*.

In Zwickau und Hamburg unterschrieben jeweils über 20.000 Wähler *gegen Klinik-Privatisierungen*, in Landau wehrt sich *attac gegen den Verkauf der Müllabfuhr*. Als nächstes haben die Aachener das Wort: Sie stimmen am 15. September über die *Privatisierung des städtischen Wohnungsbaus* ab. Kirchen, Gewerkschaften und Mieter hatten den Bürgerentscheid eingeleitet.

Doch das Beispiel Aachen zeigt auch, wie schwer sich Politik und Verwaltung oft noch mit der direkten Demokratie tun. Die Bürger erhalten keine Abstimmungs-Benachrichtigung, und auch Briefwahl ist nicht möglich. Der Termin für den Urnengang eine Woche vor der Bundestagswahl lässt aufhorchen. Die Koppelung mit der Wahl hätte Kosten gespart und eine hohe Beteiligung sichergestellt. Die Behinderungen vergrößern die Gefahr, dass die Initiative am Quorum scheitert.

Mehr Demokratie kämpft seit Jahren für faire Spielregeln beim der direkten Demokratie in Ländern und Gemeinden. Nachdem in den vergangenen Jahren bereits mehrere Landtage die Hürden gesenkt haben, setzt sich die Debatte auch in diesem Jahr fort. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen senkte Anfang März einstimmig die Hürde für Volksbegehren von 20 auf acht Prozent und führte die Volksinitiative ein.

Schleswig-Holstein hat das Zustimmungsquorum für Bürgerentscheide von 25 auf 20 Prozent herabgesetzt. Die Landtage in Bremen und Thüringen diskutieren derzeit die Vereinfachung von Volksentscheiden.

Der sächsische Landtagspräsident Erich Iltgen (CDU) forderte für sein Land ebenso eine Debatte über mehr direkte Demokratie wie der ehemalige Ministerpräsident Sachsen-Anhalts, Reinhard Höppner (SPD). Die baden-württembergische SPD hat vor wenigen Tagen ein Reformpaket für leichtere Bürger- und Volksentscheide vorgelegt.

Claudine Nieth, Vorstandssprecherin von Mehr Demokratie, bilanziert diese Entwicklungen: „Das sächsische Urteil gegen das Finanztabu und die Reform in NRW sind wichtige Meilensteine für die direkte Demokratie in Deutschland. Die Menschen machen sinnvoll Gebrauch von ihren Rechten. Bürger- und Volksbegehren zeigen, wo den Wählern der Schuh drückt. So schreitet die Verankerung der direkten Demokratie in den Köpfen und den Verfassungen weiter voran.“

Mehr Demokratie e.V., Clüverstr. 29, 28832 Achim (bei Bremen)

www.mehr-demokratie.de

Banken-Streiks gegen Lohnsenkung von 35%

HAMBURG. 1500 Beschäftigte Hamburger Banken und Sparkassen sowie 500 Bankangestellte im Raum Lübeck streikten am 23. August gegen den Versuch des Arbeitgeberverbandes Banken, die Tarifgehälter auf 65 % (!) des gegenwärtigen Niveaus abzusenken. In Hamburg waren 24 Filialen geschlossen, viele Kolleg/innen aus den Hauptverwaltungen der Banken und der Hamburger Sparkasse in der Innenstadt nahmen an dem Streik und der Demonstration teil.

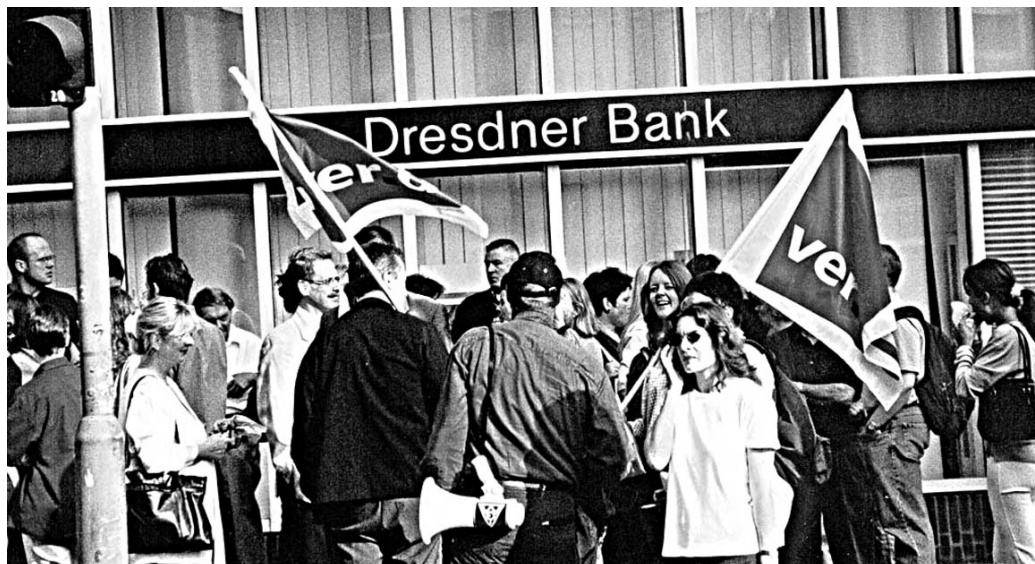
In den Medien taucht meist nur die 6,5 % Gehaltsforderung der Gewerkschaft ver.di auf, für die seit Monaten gestreikt würde. Der weniger bekannte Hintergrund dieses Tarifkonfliktes ist folgender: Der Arbeitgeberverband ist mit der Forderung in die diesjährige Tarifrunde gegangen, den Tarifvertrag dahingehend zu öffnen, dass die Gehälter aller Bankangestellten, die in irgendeiner Weise im Kundenkontakt stehen, auf 65 % des bisherigen Tarifs abgesenkt werden können. Verbunden damit ist das „Angebot“, die gestrichenen 35 % durch Provisionen auf den Verkauf von Bankprodukten wieder zu „verdienen“. Betroffen davon wären ca. 230 000 der 470 000 bundesdeutschen Bankangestellten; und zwar alle Beschäftigte in den Bankfilialen sowie die Angestellten aller Verwaltungsabteilungen mit Kundenkontakt. Solange ver.di dieser Forderung nicht entspreche und auch auf weitere unsittliche Forderungen wie die, das 13. Gehalt auf Betriebsebene streichen zu können, nicht eingehe, werde es kein Tarifangebot geben.

3 Monate Verhandlungen haben nichts gebracht. Seit 7 Wochen herrscht nun Funkstille zwischen Bankenverband und ver.di. Um noch einen oben drauf zu setzen, hat der Arbeitgeberverband Banken den Unternehmen vorgeschlagen, einseitig, d.h. ohne Tarifvereinbarung 3,1 % mehr Gehalt zu zahlen, in der Hoffnung, dadurch die Streikfront aufzuweichen. Die meisten Banken zahlen inzwischen die 3,1 %, der Widerstand ist damit aber keineswegs beendet.

Die Banken-Tarifrunde wird wegen der Provokationen der Arbeitgeber seit Monaten von Warnstreiks und zunehmend von ganztägigen Streiks begleitet. Auch in der Urlaubszeit fanden Aktionen statt. Die Hamburger Streiks am 23. August waren jetzt die erste größere Streikaktion nach der Haupturlaubszeit. Am 29. August streikten 11 000 Bankange-

stellte in Berlin, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Insgesamt 60 000 Bankangestellte haben sich bisher an Streikaktionen beteiligt. Die nächste Stufe werden mehrtägige Streiks sein, die in den nächsten Wochen durchgeführt werden sollen. Der ver.di-Verhandlungsführer Hinrich Feddersen hat am 29. August noch einmal ausdrücklich bekräftigt, dass ver.di solange im tariflosen Zustand bleiben und weitere Aktionen durchführen wird, bis der Arbeitgeberverband seine Forderungen zur Lohnsenkung zurücknimmt. (res)



Aus siemens-dialog: ICN-Betriebsversammlung

Es brodelt bei Siemens München, Hofmannstraße

(28.8.2002) Die vergangenen Freitag (23.8.) aus Zeitgründen vertagte Betriebsversammlung am Standort ICN Hofmannstraße wurde am 27. August wieder aufgenommen. Eine ungewöhnlich hohe Beteiligung zeigte, dass die Besorgnis in der Belegschaft wächst. Aus allen Gebäuden strömten heftig diskutierende MitarbeiterInnen in die schließlich bis auf den letzten Stehplatz besetzten Kasinos. Das einzige Thema der Gespräche war auch das der Versammlung: die Pläne zum Abbau von insgesamt 2.600 Stellen (2.300 ICN, 300 ICM). Wie sich dieser Abbau konkret auswirken würde, demonstrierte gleich zu Beginn der Versammlung eine Aktion des Betriebsrates. Auf jedem dritten Stuhl lag ein roter Zettel mit der Aufschrift „Dieser Platz wird gestrichen“. Auf Bitte des BR-Vorsitzenden Heribert Fieber standen die betroffenen Kolleginnen und Kollegen auf, um die Masse der bedrohten Stellen zu veranschaulichen. Die heftige Reaktion im Plenum unterstrich ebenso wie die von vielen getragenen Sticker mit der Aufschrift „Arbeitszeitverkürzung statt Kündigung“, dass die Belegschaft in seltener Einmütigkeit hinter dem Kurs des Betriebsrates steht. Schon auf den ersten Blick war klar: Dieses Mal wird sich die Unternehmensleitung nicht geräuschlos durchsetzen, Empörung und kämpferische Stimmung lösen die Mischung aus Resignation und Hoffnung bei manchen Angestellten mit wachsendem Schwung ab.

Eingangs fasste der Sprecher der Betriebsleitung Kasch nochmals kurz die Absicht der Betriebsleitung zusammen: der „langfristig veränderte Markt“ er-

fordere im Gegensatz zu einer „konjunkturellen Delle“ eine „langfristige Anpassung“ durch den rigorosen Stellenabbau. Kasch pries die „Vorteile“ der Beschäftigungs- und Auffanggesellschaften – Planbarkeit durch einjähriges Beschäftigungsverhältnis, potenzielle Weiterqualifizierung, Leiharbeit – in den höchsten Tönen und nannte sie eine „extrem gute Ausgangsposition“ auf dem Arbeitsmarkt. Bringe man das Konzept allerdings mangels freiwilliger Zustimmung „nicht zum Fliegen“, so Kasch weiter, müsse man auf betriebsbedingte Kündigungen (ohne jede Übergangshilfe) als „ultima ratio“ zurückgreifen; dies könne dann jeden treffen, ohne Blick auf Tätigkeit, Alter oder sonstige Kriterien. Diese kaum verschleierte Drohung ließ die eifrige Bemerkung, ICN werde keinesfalls „den Pfad der sozialen Verantwortung“ auch nur um einen Iota verlassen [sic], als reinen Hohn erscheinen, was offenbar jedem Anwesenden klar war: Eine gemurmelte Bemerkung im Publikum empfahl schlicht, Kasch solle „doch einfach nach Hause gehen“.

Arbeitszeitverkürzung als von Betriebsrat und Gewerkschaft ins Spiel gebrachte Alternativlösung tat Kasch als ungeeignetes „Mittel zur kurzfristigen Kostensenkung“ ab und erklärte, dadurch ließen sich nach seinen Informationen nur rund 17 Prozent der Kosten sparen – notwendig sei aber eine Senkung um 30 bis 40 Prozent. Der Konter folgte später durch einen Betriebsrat, der auf den überdurchschnittlich hohen Anteil von Angestellten mit 40 und mehr Wochenstunden hinwies und vorrechnete, dass sich allein hier das Einsparungspo-

tenzial auf über 20 Prozent steigern ließe.

IG Metall-Sekretär Michael Leppek legte anschließend den Finger auf die offenkundigen Fehler in den Plänen des Managements: Beschäftigungsgesellschaften seien in der Regel ein Konzept für insolvente Unternehmen, nicht aber für Konzerne, die insgesamt noch ein deutlich positives Ergebnis ausweisen; ICN-Personalchef Bellmann selbst habe den Bedarf an Leiharbeitern aus einer Beschäftigungsgesellschaft auf nur rund 300 geschätzt; das Unternehmen wolle ohne Einmischung des Betriebsrats entscheiden, von wem es sich via Aufhebungsvertrag trenne; der aktuelle Arbeitsmarkt lasse Beschäftigungsgesellschaften weniger als sinnvolle Chance erscheinen, denn als Versuch der Firma, Mitarbeiter mit möglichst wenig Unruhe und Aufhebens loszuwerden; insgesamt sei dies ein Plan, bei dem die Beschäftigten außer 20 Prozent ihres Gehalts und sämtlichen betrieblichen Sozialleistungen auch noch ihre Zukunftsperspektive aufs Spiel setzen. Sein Fazit: „Unter diesen Bedingungen rät die IG Metall jedem Angestellten dringend von einem Aufhebungsvertrag ab und wird gemeinsam mit dem BR mit allen Mitteln gegen den Abbau vorgehen“ – eine Aussage, die den ersten Applaus der Versammlung erntete.

Heribert Fieber machte im Anschluss klar, dass auch der Betriebsrat sich der Überrumpelungstaktik nachdrücklich widersetzt. Während seines Erachtens Maßnahmen wie New Placement zumindest einen „Fallschirm“ für den Versuch bieten, ins Unbekannte zu springen, stellt sich ihm die Beschäftigungsgesellschaft so dar, als sage man den Betroffenen: „Springen Sie schon mal, wir versuchen derweil, unten ein Netz zu spannen“. Wer freiwillig den Konzern verlasse, um in einer Beschäftigungsgesellschaft „ein Jahr lang zu versuchen, auf einem vernagelten Arbeitsmarkt unterzukommen, der gehört da auch rein“, so seine saloppe Einschätzung ICN-Angebotes, die, geht man

nach dem Echo im Publikum, von der Mehrheit der Beschäftigten geteilt wird. Ein weiterer Kritikpunkt ist die zeitliche Planung. Die geplanten Maßnahmen wurden erst sechs Wochen vor der Deadline am 30. September bekannt gemacht, was Betroffenen – viele von ihnen oben- drein im Urlaub – und Betriebsrat nur eine minimale Reaktionszeit lässt. Zudem fließen die Detailinformationen aus der Chefetage nach wie vor mehr als spärlich: Laut Fieber sollen bereits Namen festgelegt werden, bevor noch klar ist, in welchen Bereichen die Kapazität schrumpfen soll. Dazu blieben sowohl Kasch als auch MCH H-Personalchef Rinke die Antwort schuldig: Einerseits argumentierten sie mit der angeblich dringend gebotenen Eile bei der Umsetzung der Personalmaßnahmen und beharrten darauf, die Kürzungen seien ausschließlich am Portfolio orientiert – andererseits können sie derzeit nicht einmal ansatzweise die betroffenen Bereiche und Produkte benennen und wiederholten nur stur (von Pfiffen und Buh-Rufe begleitet), es könne prinzipiell jeden Mitarbeiter treffen. Fieber fasste dieses wenig durchdacht wirkende Vorgehen prägnant aus Sicht der Beschäftigten zusammen: Für sie sei es, als käme ein Vorgesetzter und sage „ich guck hier grad aus dem Fenster, Markt ist futsch, schleich' Dich!“

Eines der heißesten Eisen, die aus dem Plenum in die Diskussion eingebracht

wurden, war die Frage nach externen Consulting-Firmen. Interessanter Weise sieht sich die Betriebsleitung laut Kasch außerstande, auch nur grob zu beziffern, wie viele Personen auf diesem Wege für ICN tätig sind; nach voneinander unabhängigen Schätzungen verschiedener Betriebsräte bewegt sich ihre Anzahl zwischen 1.300 und 2.100. In jedem Fall offensichtlich: die Beschäftigten sehen nicht ein, warum es keine Arbeit mehr für sie, aber für Firmenfremde gibt; die Geschäftsleitung verfolgt ihrerseits rücksichtslos das Ziel, je nach Bedarf flexibel Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben, ohne in irgendeiner Weise soziale Verantwortung für sie zu übernehmen.

Unter dem Strich machte die Betriebsversammlung drei Punkte unmissverständlich klar: die Unternehmensführung beabsichtigt, ihren Kurs auf Biegen oder Brechen durchzuhalten; BR und IG Metall widersetzen sich nachdrücklich; die große Mehrheit der Belegschaft steht entschlossen wie selten hinter ihren Vertretern. Es ist offen, wie es nun weitergeht, die Zeit drängt jedenfalls. Heribert Fieber kündigte zum Ende der Versammlung an, bereits in wenigen Wochen die nächste ansetzen zu wollen. Nach Planung der Personalleitung sollen die jeweils zuständigen Vorgesetzten schon am neunten September beginnen, die Namen derer festzulegen, denen man einen Auflösungsvertrag anbietet. *Hagen Reimer*

Deutsches Kuba-Geschäft läuft nur langsam an. – HB, Freitag / Samstag, 23./24.8.2002.

Das Interesse deutscher Unternehmen an Investitionen in Kuba nimmt lt. BDI-Vorsitzenden H.-O. Henkel durchaus zu. Hemmnisse sind „bürokratische Hürden.“ Zwar sind die Löhne mit ca. 15 \$ im Monat niedrig, jedoch müssen ausländische Gesellschaften bis zu 1000 \$ im Monat an eine staatliche Vermittlungsagentur zahlen. Außerdem sei die Zahlungsmoral der Kunden nicht immer bestens. Die Bundesregierung wäre bereit, den Rahmen für Hermes-Bürgschaften von derzeit 12,5 Mill. Euro auszuweiten, Voraussetzung: Kubas Regierung begleicht, wie zugesagt, tatsächlich ihre Altschulden aus DDR-Zeiten und zahlt die durch Hermes-Bürgschaften gedeckten Kredite zurück. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau prüft die Teil-Finanzierung eines Joint-Ventures mit Beteiligung deutscher Firmen, die eine Nickel-Mine renovieren sollen. Deutschland ist der größte Abnehmer von kubanischem Nickel.

„Wirtschaft zu Hochwasser-Opfern bereit“ – dies hatten M. Rogowski, BDI- Chef sowie DIHK-Chef L. G. Braun, ohne intern mit ihren Verbänden Rücksprache gehalten zu haben, erklärt. Der Kanzler bedankte sich „für den sehr solidarischen Vorschlag“ Rogowskis, auch die Kapitalgesellschaften durch höhere Körperschaftssteuer zur Kasse zu bitten und kündigte für 2003 26,5 % statt bisher 25 % an. Das Vorgehen ihrer Spitze rief Unmut bei den Mitgliedern der Verbände hervor: Rogowski und Braun hätten sich von Schröder ... vor den Karren spannen lassen.

BDI-Präsident befürwortet Waffenexporte auch nach Saudi-Arabien. – HB, Donnerstag, 5.9.2002. Zur Stützung der gesamten wehrtechnischen Industrie fordert der BDI jetzt eine Lockerung der Exportrichtlinien. „Mich erstaunt, warum wir nach Saudi-Arabien keine Panzer liefern dürfen“, so Rogowski. Dasselbe gelte für Taiwan. Rogowski sei mit erstaunlich politischer Blindheit geschlagen, entgegnete Regierungssprecher K.-U. Heye. Auch dem BDI-Präsidenten müsse klar sein, dass Lieferungen in Krisengebiete nicht möglich seien. Rogowski und der Geschäftsführer des BDI-Ausschusses Verteidigungswirtschaft, der ehemalige Brigadegeneral H. Harff, hatten kritisiert, die Waffenexportpolitik der rot-grünen Regierung sei sprunghaft. Wenn die Regierung strengere als internationale Standards anlege, erschwere sie den Firmen internationale Rüstungskoooperationen. *Presseauswertung: rst*

Ausbildungssituation

ver.di-Jugend Bayern kritisiert „Hartz-Papier“

Die geplante Vernetzung der JobCenter mit schul-, bildungs-, arbeitsmarkt- und jugendpolitischen Trägern sei wünschenswert und werde von ver.di unterstützt. „Aber die frühe Identifizierung der ‚Begabungspotentiale‘ betrachten wir mit Sorge“, sagte Marion Fendt, ver.di-Landesjugendsekretärin. Solange die Schulsysteme – wie in Bayern – Durchlässigkeit vermissen ließen, drohe hier ein frühzeitiger Ausleseprozess. Die Schaffung von differenzierten „arbeitsmarktfähigen“ Ausbildungsberufen sei zunächst zu begrüßen, aber die Schaffung gering qualifizierter, lediglich betriebsspezifisch ausgerichteter Ausbildungsberufe lehne ver.di ab.

Die Einführung eines Ausbildungszeit-Wertpapiers (AZWP) soll einerseits zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen, andererseits bei AZWP-Inhaber/innen einen Anspruch auf berufliche Ausbildung begründen. Beide Ziele seien grundsätzlich zu unterstützen, jedoch sei mit Effekten zu rechnen, die Verantwortlichkeit und Chancengleichheit in der beruflichen Ausbildung deutlich entgegenstünden. „Jeder Betriebsinhaber, der die berufliche Ausbildung selbst finanziert, würde sich betriebswirtschaftliche Nachteile gegenüber seinen Konkurrenten verschaffen“, warnt die Landesju-

gendsekretärin. Die Beitragszahler der Bundesanstalt für Arbeit und die Familien der Jugendlichen würden künftig die Hauptlast der Finanzierung tragen, denn die Einnahmen aus Rabattkarten, Spenden usw. seien nicht abzuschern.

Der Gedanke, die Kommunen hier eine Ausfallbürgschaft von 100 Euro pro Haushalt übernehmen zu lassen, widerspreche zudem dem Prinzip der kommunalen Finanzhoheit. Die Idee, dass künftig Oma und Opa ihren Enkeln Ausbildungszeit-Wertpapiere kaufen sollen („schenkt Ausbildungsplätzchen“), erinnere stark an das Ausbildungsmodell der Zünfte im Mittelalter: ver.di könne einem solchen Konzept nicht zustimmen. Bereits der ver.di-Gründungskongress habe sich für eine Umlagefinanzierung zur Sicherung eines qualitativ hochwertigen und quantitativ auswahlfähigen Angebots ausgesprochen. Die Arbeitgeber, die ja laut Bundesverfassungsgericht hier in der Pflicht stünden, würden in einen Fonds einzahlen, wenn sie selbst nicht die Ausbildungsplätze anbieten, die ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechen. Mit einer solchen Lösung bliebe die Verantwortung dort, wo sie hingehört, und Mitnahme-Effekte wären ausgeschlossen.

www.verdi-bayern.de/jugend

Sozialdemokrat und Symbolfigur der Globalisierungsgegner für PDS-Wahl

Prof. Jean Ziegler, jahrzehntelang sozialdemokratischer Abgeordneter im Schweizer Nationalparlament, heute UN-Sonderbotschafter für Welternährung und international einer der renommiertesten und gefragtsten Globalisierungskritiker hat sich vom Gipfel in Johannesburg zu Wort gemeldet und im deutschen Wahlkampf Stellung bezogen. In einem Fax an seinen Freund und Mitstreiter, den Stellvertretenden PDS-Vorsitzenden, Dr. Diether Dehm, Spitzenkandidat in Niedersachsen, zum Anti-Kriegs-Tag schreibt Prof. Ziegler u.a.:

„Ich bin Sozialdemokrat, Mitglied des Exekutivrates der Sozialistischen Internationale. Ich halte Bundeskanzler Gerhard Schröder für einen der zwei, drei bedeutendsten Staatsmänner der Gegenwart. Seine Wiederwahl ist nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa lebenswichtig. Jedoch diese Wiederwahl gelingt nur unter einer einzigen Bedingung. Der Bedingung nämlich, dass die PDS bundesweit einen Wähleranteil von mehr als 5% erringt.“

Kanzler Schröder ist schon ein großer Demagoge und versucht jetzt die Wahlen dadurch zu gewinnen, dass er der PDS die Stimmen abjagt. Schröders Positionierung gegen den Krieg verfolgt keine andere Strategie. Das bringt die PDS in Bedrängnis. Der Fraktionsvorsitzende Claus schreibt im Pressedienst: „Montag früh. Anruf von einem PDS-Wahlkämpfer aus Ulm: ‚Vier Stunden standen wir am Sonntag mit unserem Infostand in der Fußgängerzone und haben diskutiert, und so viele sagen uns: Wenn nun sogar die SPD gegen den Krieg ist, warum sollen wir dann die PDS wählen?‘“

Die Sorgen des Ulmer Genossen sind mir gut bekannt. Am Freitag war ich in meinem Wahlkreis in Halle auf der Straße, am Samstag in Hamburg, am Sonntag in Hannover. „Was macht ihr anders?“ ist auch dort die immer wiederkehrende Frage. Und: „Kann man denn dem Schröder so was glauben?“

Ich denke, wir haben allen Grund, mit

unseren klaren Antworten nicht zögerlich zu sein.

Nehmen wir die Friedensfrage. 17-mal gab es in der vergangenen Legislaturperiode Abstimmungen im Bundestag über deutsche Kriegseteiligung und Militäreinsätze. 17-mal hat die PDS klar und unmissverständlich Nein gesagt. 17-mal ist sie deswegen von der

rot-grünen Koalition und der schwarz-gelben Opposition gleichermaßen als ‚nicht angekommen‘ oder ‚politikunfähig‘ in die Ecke gestellt worden. Jetzt zeigt sich: Wir hatten Recht – nicht nur mit unseren Argumenten für den Frieden, sondern auch darin, dass wir sicher waren, mit unserem Nein für die Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu sprechen.

Was also machen wir anders in der Friedensfrage als SPD und Grüne? Unser Nein zum Krieg ist kein Wahlkampfzeiten-Nein, sondern ein stabiles. Nur mit der PDS hat das entschlossene Nein zum Krieg auch künftig im Bundestag eine Stimme.“

Gaby Zimmer erklärt am 5. September in einer Presseerklärung zum bevorstehenden Angriffskrieg gegen den Irak:

„Bis jetzt hat die Bundesregierung nicht einen ernsthaften Schritt unternommen, um die Bush-Administration an ihrem gefährlichen Treiben zu hindern. Die Pose als Friedensbewahrer entpuppt sich unter diesen Umständen als Wahlkampf, nichts als Wahlkampf. Das nimmt nicht Wunder. Wer sich wie Rot-Grün in vier Jahren Regierungszeit an zwei Kriegen beteiligt, die Bundeswehr zu Einsätzen in die halbe

Welt geschickt und der US-Regierung uneingeschränkte Solidarität geschworen hat, dessen verbaler Schwenk kurz vor den Bundestagswahlen ist nicht glaubwürdig. Ich traue Schröder und Fischer nicht zu, dass sie wirklich einen Konflikt mit der US-Regierung riskieren, wenn die Bush-Administration den Irak angreift. Wer die Soldaten und Spürpanzer in Kuwait erst zurückziehen will, wenn die USA den Irak angreifen, will offenbar nicht sehen, dass Deutschland mit diesem Waffengerät bereits mitten in den amerikanischen Kriegsvorbereitungen steckt... Bundeskanzler Schröder muss seinen Worten gegen den Krieg gegen den Irak endlich Taten folgen lassen.“

Die PDS NRW hat in den letzten Wochen ein eigenes Flugblatt für die DGB-Veranstaltung und für die attac-Demonstration am 14.9. in Köln erstellt:

„Stoiber muss verhindert werden! Schröder braucht Opposition von links! Viele haben Rot-Grün 1998 mit großen Hoffnungen auf einen Politikwechsel gewählt. Den ist die rot-grüne Regierung schuldig geblieben. Viele sind enttäuscht und überlegen, nicht mehr wählen zu gehen. Diese Enttäuschung ist Stoibers Hoffnung: Zusammen mit Westerwelle will er zu der Politik zurück, für die CDU und FDP 1998 abgewählt wurden: Noch mehr Steuerumverteilungen zu Gunsten der Reichen, Gesundheit und Bildung nach Geldbeutel, Zerstörung sozialer Demokratie durch völliges Aushöhlen der Tarifautonomie. Wo Schröder und Fischer die Abrissbirne am Sozialstaat ansetzen, wollen Stoiber und Westerwelle ihn mit Dynamit sprengen. Auch für uns ist deshalb klar:

Stoiber muss als Kanzler verhindert werden!– Die PDS im Bundestag ist die Garantie dafür ...

Politikwechsel kann sicher nicht durch Wahlen allein erreicht werden. Er braucht Bewegung und Druck von Gewerkschaften und außerparlamentarischen Initiativen wie ATTAC, Verbänden und Vereinen. Mit Ihrer Wahlentscheidung bestimmen Sie, ob solche Initiativen und die Auseinandersetzung darum auch zukünftig im Parlament stattfinden und gestärkt werden.“

Zusammenstellung: jöd



Der Ausverkauf der Vereinten Nationen

„Die Einstellung der Vereinten Nationen gegenüber dem Privatsektor hat sich in den vergangenen Jahren radikal verändert. Kooperation kommt heute vor Konfrontation.“ Mit diesen Worten wirbt Kofi Annan, Generalsekretär der UN, für den „Global Compact“, einem Abkommen zwischen ursprünglich 44 multinationalen Konzernen und den Vereinten Nationen. Aus Deutschland dabei: die Chemie-Konzerne BASF, Aventis und Bayer, die Autobauer BMW und DaimlerChrysler sowie die Deutsche Bank.

In dem vor zwei Jahren unterzeichneten Compact bekennen sich die Unternehmen zu neun Grundsätzen aus den Bereichen Umweltschutz, Arbeitssicherheit und Einhaltung der Menschenrechte. Die Prinzipien basieren auf der Erklärung der Menschenrechte von 1949, dem Weltsozialgipfel von 1995 und dem Umweltgipfel von Rio 1992. Außerdem verpflichten sich die Konzerne, Musterprojekte zu initiieren und somit ihr Engagement zu belegen. Um den Fortschritt im Rahmen der Kooperation zu dokumentieren, will die UN geprüfte Fallbeispiele veröffentlichen, die der Öffentlichkeit zur Begutachtung freistehen.

Zweifelhafte Partnerschaften

Die Bekanntgabe der Vereinbarung, der

sich mittlerweile mehrere hundert Firmen angeschlossen haben, erfolgte nach einjährigen Verhandlungen von Kofi Annan mit der International Chamber of Commerce (ICC), der weltweit größten Lobbyorganisation multinationaler Unternehmen. Die ICC vertritt weltweit rund 7000 Firmen, wird jedoch von rund 50 Großkonzernen dominiert. In den Verhandlungen mit der UN setzte der Lobbyverband eine unternehmerfreundliche Formulierung der „Prinzipien“ des Compact sowie – vor allem – deren völlige Unverbindlichkeit durch.

Mit der ICC suchte sich Annan ausgerechnet diejenige Organisation aus, die sich in der Vergangenheit am vehementesten gegen internationale Umwelt-Abkommen gewehrt hat. Sowohl die Formulierung des Kyoto-Protokolls zur Senkung des CO₂-Ausstoßes wie auch die Biodiversitäts-Konvention, das Protokoll von Montreal zum Schutz der Ozonschicht und die Basel-Konvention gegen Giftmüllhandel wurden von der ICC als unpraktikabel und wirtschaftsfeindlich gegeißelt und durch anhaltenden Druck auf die Politik abgeschwächt.

Lobbypolitik von Rio ...

Erstmals wurden die Konzerne bei der Vorbereitung des Umweltgipfels von Rio

1992 als gleichberechtigte Partner internationaler Institutionen behandelt. Das 160 Konzerne umfassende World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) war maßgeblich bei der Erstellung der Tagesordnung und des Abschlussdokumentes beteiligt. So setzte sich die neoliberale Sichtweise durch, nach der freie Märkte und Wirtschaftswachstum eine Voraussetzung von Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung sind und nach der die Industrie ein solches Wachstum nur garantieren könne, wenn sie ohne bindende Rahmenbedingungen arbeiten kann. Stattdessen werden seit Rio „freiwillige Selbstverpflichtungen“ propagiert, bei deren Nichteinhaltung jedoch keine Konsequenzen drohen.

Kein Zufall war es, dass ebenfalls 1992 die UN Kommission zu Transnationalen Konzernen (UNCTC) ersatzlos geschlossen wurde. Die UNCTC war die einzige UN-Organisation, die seit den 70er Jahren die Aktivitäten der Multis überwachte. Der Versuch der UNCTC, weltweit bindende Regeln für Arbeitssicherheit, Einhaltung von Gesetzen und Umweltschutz aufzustellen, war der Industrie ein ständiger Dorn im Auge.

... bis Johannesburg

1995 bildeten ICC und WBCSD gemeinsam, speziell für die Vorbereitung des Gipfels in Johannesburg, einen weiteren Lobbyverband: die Business Action for Sustainable Development (BASD) mit dem blumigen Motto „People, Planet, Prosperity“ (Menschen, Planet, Wohlstand). Geleitet wird die BASD ausgerechnet von Sir Mark Moody Stuart, zuvor Chef des Ölkonzerns Shell, der seit Jahren Ziel zahlreicher Kampagnen von Umweltschützern und Menschenrechtlern ist. Stuart hat als Shell-Boss die Versenkung der Ölplattform Brent Spar sowie das Engagement in Nigeria, das zur tragischen Exekution von Ken Saro-Wiwa führte, zu verantworten. Die Rolle des BASD in Johannesburg beschreibt Stuart siegessicher: „Wir möchten auf dem Umweltgipfel eine konstruktive Rolle spielen. Die Industrie ist Teil der Lösung bei der Schaffung einer nachhaltigen Entwicklung“.

Bindende Regeln ausgehebelt

Weder WBCSD noch BASD stellen Mindestanforderungen bei der Aufnahme neuer Mitglieder. So finden sich im WBCSD, dem „grünen Gewissen“ der Industrie, Ölfirmen wie BP, StatOil, Total-FinaElf und ChevronTexaco, die Autobauer DaimlerChrysler, Nissan, Ford und General Motors, Chemie-Konzerne wie Dow, DuPont, BASF, ICI und Aventis sowie Gentech-Anbieter wie Monsanto, Po-



Proteste gegen UNO-Gipfel in Johannesburg

Abgeschottet von Basis und Bevölkerung, über die entschieden werden soll, trafen sich in Johannesburg Politiker, Wirtschafts- und NGO-Vetreter zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD). Zehntausende Sicherheitskräfte sollen die KritikerInnen des Gipfels fernhalten. Bereits im Vorfeld des Gipfels gab es Repression und Massenverhaftungen. Thema des Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD), dessen Agenda neoliberal ausgerichtet ist, waren Naturschutz, Energiepolitik, Bekämpfung der Armut und „nachhaltige Entwicklung“. Dass dieser Gipfel aus-

gerechnet im hermetisch abgeriegelten Luxusviertel Sandton stattfand, ist bezeichnend.

Täglich fanden Demonstrationen und andere Protestaktionen gegen die Politik statt, die auf dem Gipfel vertreten wird, sowie den Einfluss der Konzerne auf die Konferenz. Neben der Polizeirepression sehen sich die Aktivisten aus aller Welt mit Massenmedien konfrontiert, die mit Geheimdiensten und anderen Regierungsorganisationen zusammenarbeiten und die Proteste diffamieren oder verschweigen. Dem Büro des APF (Anti-Privatisation Forum) wurde vom Chef des südafrikanischen Geheimdienstes NIA persönlich ein Besuch abgestattet.

Am 31.8. fand ein globaler Aktionstag und ein Marsch in Richtung abgeschotteten Nobelbezirk Sandton statt. Es nahmen allein aus Südafrika selbst 30.000 Menschen, wo sich die Regierung nun mit Schrecken mit einer neu geborenen sozialen Bewegung konfrontiert sieht, und weitere (mehrere 1000) aus der ganzen Welt teil. Auch anderswo in der Welt wurde der globale Aktionstag zelebriert, Solidaritätsaktionen fanden u.a. in Amsterdam Toronto, Buenos Aires, London, Lüneburg und anderswo statt.

werGen und Bayer. Zu den Unterstützern des BASD gehören neben dem Weltverband der Chemischen Industrie und dem Bund der Deutschen Industrie auch das Europäische Atomforum und die World Nuclear Association.

Hauptaktivität des BASD sind die anekdotenhafte Veröffentlichung von „Musterprojekten“ einzelner Firmen, darunter mehrere Atomenergieprojekte sowie ein Gas-Pipeline-Projekt. Schon Anfang 2002 protzte BASD-Chef Stuart, dass der Verband „sehr enge Verbindungen zu den Vereinten Nationen aufgebaut hat, um die Ideen der Wirtschaft für die Struktur des Gipfels einzubringen“. Offenbar mit Erfolg: Hieß es im Januar im Entwurf für das Abschlussdokument noch „ein multinationales Abkommen, das die Verantwortlichkeiten von Unternehmen benennt, soll auf den Weg gebracht werden“, so finden sich im letzten Entwurf vor Beginn des Gipfels wolkige Formulierungen wie „Förderung der Verantwortung der Wirtschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung“. Bindende Regeln bezüglich der Einhaltung von Menschenrechten oder dem Umweltschutz sind in dem Entwurf nicht mehr enthalten.

Kofi Annan: Büttel der Konzerne

Der Global Compact stellt den vorläufigen Höhepunkt der „Kooperation“ von Vereinten Nationen und multinationalen Unternehmen dar. Nach Angaben der UN haben mittlerweile mehrere hundert Konzerne den Vertrag unterschrieben – allerdings werden bislang nur 81 Unternehmen öffentlich genannt, darunter so illustre Namen wie Shell, BP, Novartis, Nokia, Nike, ABB und Deutsche Bank.

Annan wirbt um weitere Mitglieder, indem er sich unumwunden zum Anwalt einer konzerngesteuerten Globalisierung macht: „Sowohl die Vereinten Nationen als auch die Wirtschaft dienen einem höheren Zweck: dem Schutz der Menschheit.“ Das Abkommen werde einen Dialog zwischen der Industrie und „anderen sozialen Gruppen“ ermöglichen, so dass „Unternehmen, die sich zu den Prinzipien des Global Compact bekennen, dem Druck der Zivilgesellschaft viel besser begegnen können.“

Fehlende Kontrolle

Bei der Auswahl der Partner aus der Wirtschaft legen die UN keine noch so tiefe Messlatte an: alle Unternehmen – vom Hersteller von Atomkraftwerken bis hin zu Ölkonzernen – werden akzeptiert. Informationen unabhängiger Beobachter über das Verhalten der Firmen holen die UN nicht ein. Nach der Unterzeichnung durch das jeweilige Unternehmen erfolgt keinerlei Überprüfung der Einhaltung der Prinzipien oder der „Musterprojekte“ – sämtliche Übereinkünfte sind „non-binding“, also unverbindlich.

Die Firmen nutzen die publicity-trächtige Verbindung mit der wichtigsten internationalen Organisation weidlich:



fast alle beteiligten Unternehmen rühmen ihr vorbildliches Engagement im Rahmen des Abkommens auf ihren homepages und in eigens veröffentlichten Broschüren. In den Geschäftsberichten von DaimlerChrysler und Bayer wird sogar eine Rede von Kofi Annan als Grußwort abgedruckt – mit Foto und UN-Logo.

Kritik wird lauter

Seit Anfang des Jahres wird die Kritik am Schmusekurs der UN mit der Wirtschaft lauter. Zahlreiche Gruppen kritisieren, dass profitorientierte Konzerne ihre eigenen Regeln aufstellen, anstatt durch die Legislative zu verbindlichen Standards gezwungen zu werden. Der internationale Umweltverband Friends of the Earth beklagt eine „schleichende Übernahme der Vereinten Nationen durch die Privatwirtschaft“ und befürchtet, dass „auf Freiwilligkeit beruhende Abkommen die Verabschiedung bindender Regeln verzögern“ und damit mehr Schaden anrichten als Gutes tun.

In der Allianz für eine wirtschaftsunabhängige UN haben sich zwanzig Umwelt-, Gesundheits- und Entwicklungs-Organisationen aus allen Teilen der Welt zusammen geschlossen. Der Verband kritisiert die Einflussnahme der Konzerne als undemokratisch und befürchtet eine Gefährdung des Ansehens und der Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen – mit weitreichenden Konsequenzen für die zahlreichen Missionen der UN.

In einem gemeinsamen Brief an Kofi Annan fordert die Allianz die UN auf, keine Partnerschaften mit Unternehmen einzugehen. Der Unterschied zwischen gemeinnützigen und demokratisch legitimierten Institutionen auf der einen und profitorientierten Konzernen auf der anderen Seite dürfe nicht verwischt werden. Die UN müsse ein Forum einrichten, das Bewertungen der „Musterprojekte“ entgegennimmt, Verstöße gegen die Prinzipien des Compact untersucht und lernunwillige Firmen ausschließt. Die teilnehmenden Unternehmen müssten alle Ziele und Konventionen der UN und ih-

rer Tochterorganisationen aktiv unterstützen – andernfalls könnten sich Firmen gleichzeitig im Licht der UN sonnen und deren Ziele, z.B. das Kyoto Abkommen gegen die Erderwärmung, hintertreiben.

Erste Widerstände in der UN

Die bisherigen Veröffentlichungen über die Anstrengungen der Unternehmen zeigen, dass es auch innerhalb der UN Bedenken gegen die Zusammenarbeit gibt. Auf einem „Learning Forum“ 15 Monate nach Inkrafttreten des Abkommens äußerten UN-Offizielle, dass „keines der eingebrachten Musterprojekte die Kriterien eines Fallbeispiels im Rahmen des Global Compact erfüllt“. Auch zwei Jahre nach Unterzeichnung des Vertrags findet sich auf der Webseite der UN keine anerkannte Fallstudie. Die zahlreichen vorgestellten Projekte werden unverbindlich als „Beispiele des Engagements der Wirtschaft“ geführt.

Kritiker fragen, wie die Öffentlichkeit die Fortschritte des Compact begutachten soll, wenn selbst die angeblichen Musterfirmen zwei Jahre nach Unterzeichnung der Vereinbarung kein einziges Beispiel für nachhaltiges Verhalten anführen können. Sogar die unternehmerfreundliche New York Times kritisierte, dass „der Global Compact den größten und reichsten Unternehmen erlaubt, sich in eine blaue UN-Flagge zu hüllen, ohne irgendetwas Neues dafür zu tun“.

Fallbeispiel Bayer AG

Um die fehlende Bereitschaft der Unternehmen aufzuzeigen, wirkliche Schritte in Richtung eines sozial und ökologisch verantwortungsbewussten Handelns zu gehen, sollen nun exemplarisch die Referenzprojekte der Bayer AG untersucht werden. Der Leverkusener Chemie-, Pharma- und Gentechnik-Riese, der jährlich rund 28 Milliarden Euro umsetzt und dessen Imperium rund 240 Tochterfirmen umfasst, gehört zu den Erstunterzeichnern des Global Compact. Auf seiner Homepage befindet sich ein eigener

Bereich, der umfangreich über die Kooperation mit der UN informiert. Neben einem leicht verfremdeten Logo der Vereinten Nationen findet sich folgendes Bekenntnis: „Die Global Compact Prinzipien decken sich mit den unternehmenspolitischen Prinzipien von Bayer. Unsere technische und wirtschaftliche Kompetenz ist für uns mit der Verantwortung verbunden, zum Wohle des Menschen zu arbeiten und unseren Beitrag für eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung zu leisten.“

In der Realität hatten in der fast 140-jährigen Bayer-Geschichte Profite stets Vorrang gegenüber Umweltschutz und sozialen Werten: Zu Beginn des letzten Jahrhunderts vermarktete der Konzern aggressiv das „Hustenmittel“ Heroin, obwohl die drohenden Heroinabhängigkeiten längst bekannt waren. Im ersten Weltkrieg erfand die Firma chemische Kampfstoffe und setzte sich vehement für deren Verwendung ein. Im Rahmen der IG Farben war der Konzern tief in das Dritte Reich verstrickt und war für Menschenversuche, den Tod Tausender Zwangsarbeiter und die Plünderung der eroberten Gebiete verantwortlich. In den 80er Jahren wurden Tausende Bluter durch Bayer-Produkte mit HIV infiziert – der Konzern hatte trotz Kenntnis des Ansteckungsrisikos auf Testverfahren verzichtet und noch Jahre nach Auftreten der ersten Infektionen alte Chargen verkauft. Aktuelle Skandale umfassen die jahrelang bekannten Nebenwirkungen von Lipobay, denen mindestens 100 Patienten zum Opfer fielen, sowie die umstrittenen Versuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen.

Global Compact Projekte von Bayer

Bayer ist Mitglied Hunderter einflussreicher Lobbygruppen – neben der oben genannten ICC und dem WBCSD sind die wichtigsten der European Table of Industrialists, der Trans-Atlantic Business Dialogue, die Global Crop Protection Federation und EuropaBio. Um das Engagement im Rahmen des Compact zu belegen, dokumentiert Bayer auf seiner Homepage vier Projekte:

1. finanzielle Unterstützung für die brasilianische Abrinq-Stiftung, die gegen Kinderarbeit kämpft;
2. Medikamentenspende an die Weltgesundheitsorganisation WHO im Rahmen eines Programms gegen die Schlafkrankheit;
3. Anstrengungen gegen die Ausbreitung von Antibiotikaresistenzen;
4. Trainingsprogramme für brasilianische Bauern und Landarbeiter.

Außerdem spendete Bayer Medikamente nach den Erdbeben in Indien und El Salvador und spendete nach dem 11. September eine Million Dollar an amerikanische Hilfsorganisationen.

Die genaue Bewertung der Spenden an die WHO, an die Abrinq-Stiftung sowie nach den genannten Naturkatastrophen fällt schwer, da Bayer die Höhe der Auf-

wendungen nicht veröffentlicht. Im Geschäftsbericht des Unternehmens wird jedoch keine Spende erwähnt, die höher als 1 Million Euro ist. Es ist instruktiv, diese Summen mit den von Bayer gezahlten bzw. nicht gezahlten Steuern zu vergleichen: Lagen die weltweiten Unternehmenssteuern von Bayer im Jahr 2000 noch bei rund 1,15 Milliarden Euro, so wurden diese im vergangenen Jahr um fast 90% reduziert: gerade noch 150 Millionen Euro überwies der Konzern an Bund und Länder. Allein das Land NRW musste 250 Millionen Euro abschreiben.

Zu verdanken hatte Bayer dieses Steuergeschenk einem alten Bekannten: Heribert Zitzelsberger. Bevor Hans Eichel ihn als Staatssekretär mit der Unternehmenssteuer-„Reform“ betraute, war er Leiter der Steuerabteilung bei Bayer. „Keinem der Berliner Großkopfeten hat die deutsche Großindustrie so viel Wohltaten zu verdanken wie Heribert Zitzelsberger“, kommentierte die Berliner Zeitung.

Sämtliche wohltätigen Gaben von Bayer machen also maximal einige Prozent der eingesparten Steuern aus. Die Öffentlichkeit wäre mit angemessenen Steuern, über die sie frei verfügen könnte, weit besser bedient als mit einzelnen, willkürlich verteilten Spenden.

Initiative „Agrovida“

Bayer ist weltweit der zweitgrößte Pestizidhersteller. Im Bereich der hochgefährlichen Insektizide, mit denen sich jährlich Zehntausende Landarbeiter tödlich vergiften, ist der Leverkusener Konzern die Nummer eins. 1995 versprach das Unternehmen, innerhalb von fünf Jahren alle Pestizide der Gefahrenklasse 1 („extrem gefährlich“) vom Markt zu nehmen. Bis heute wurde dieses Versprechen allerdings nicht umgesetzt.

Um „die Risiken für Mensch und Umwelt zu minimieren“, startete Bayer in Südbrasilien die Initiative „Agrovida“. Im Rahmen des Programms sollen „mehrere tausend Menschen“ in den sicheren Umgang mit Pflanzenschutzmitteln eingeführt werden. Die Firma selbst gibt zu, dass „das Training vielleicht nur ein erster Schritt“ sein könne.

Abgesehen davon, dass nur eine Einführung in den organischen Landbau eine wirklich nachhaltige Maßnahme gewesen wäre: einige tausend Personen zu schulen, mag sinnvoll sein oder auch nicht, es ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass Millionen Landarbeiter in Ländern des Südens hochtoxische Bayer-Produkte verwenden, ohne jemals eine Schulung erhalten zu haben und ohne über angemessene Schutzkleidung zu verfügen.

Nach Angaben der UN treten jährlich mehr als 10 Millionen Pestizidvergiftungen auf. Ein von der UN-Abteilung FAO initiiertes Kodex zum Verkauf von Agrogiften wurde von Bayer zwar unterschrieben, wird jedoch von der Firma täglich verletzt: laut Kodex sollen Pesti-

zide der Gefahrenklasse 1 nur an „trainierte und zertifizierte Personen“ verkauft werden, die einen Ganzkörperschutz tragen. Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt werden, sollen die Mittel laut Kodex vom Markt genommen werden. Zahlreiche Recherchen von Journalisten und Umweltverbänden belegen jedoch, dass sämtliche Bayer-Produkte an jedermann verkauft werden und von Landarbeitern ohne Kenntnis der Gefahren und ohne Schutz verwendet werden.

Die im Rahmen des Global Compact vorgestellte Initiative muss also als Augenwischerei bezeichnet werden. Ein verantwortungsbewusstes Handeln wäre nur durch eine Einhaltung des FAO-Kodex und einen Verkaufs-Stopp der risikoreichsten Wirkstoffe zu erreichen.

Antibiotika und resistente Bakterien

Nach Angaben der WHO gehören Antibiotikaresistenzen zu den größten medizinischen Problemen des 21. Jahrhunderts. Längst besiegt geglaubte Krankheiten breiten sich wieder aus, da resistente Keime mit herkömmlichen Antibiotika nicht mehr bekämpft werden können. Einer der Hauptgründe für die Ausbreitung von Resistenzen ist der massenhafte Einsatz von Antibiotika in der Tierzucht. In der EU landen mehr als die Hälfte aller Antibiotika im Tierstall – es entstehen resistente Bakterienstämme, etwa von Salmonellen, die über die Nahrungskette in den menschlichen Körper gelangen und unheilbare Infektionen auslösen können.

Bayer gehört weltweit zu den größten Herstellern von Antibiotika und ist zudem drittgrößter Hersteller von Veterinärprodukten. Die Substanzklasse der Fluoquinolone vermarktet der Konzern sowohl für Menschen („Ciprobay“) als auch für Tiere („Baytril“). In Deutschland ist Baytril seit 1995 zugelassen und wird in großem Umfang zur Behandlung von Schweinen verwendet, als Fütterungsarznei wurde das Präparat nach Protesten wieder vom Markt genommen. In den USA wird das Präparat an Hühner, Truthähne und Rinder verfüttert.

Das Unternehmen hat die Initiative „Libra“ gestartet, in deren Rahmen „Ärzte, Patienten und Entscheidungsträger“ über die Gefahren von Resistenzen informiert werden, um „den unsachgemäßen Einsatz von Antibiotika einzuschränken“. Blumig heißt es auf der Bayer-Website: „Libra ist das lateinische Wort für Waage. Sie symbolisiert die Ausgewogenheit der Antibiotikatherapie.“ Und weiter: „Nur so kann die Wirksamkeit dieser Arzneimittel zum Schutze der Bevölkerung erhalten bleiben. Damit passt das Bayer-Engagement in idealer Weise zum Global Compact und seinen Zielen.“

In der Realität trägt aber gerade der massenhafte Verkauf von Baytril zur Entstehung von Resistenzen bei: Nach Erkenntnis der US-Gesundheitsbehörde

Food and Drug Administration (FDA) entstehen allein durch die Verfütterung von Fluoquinolonen an Hühner resistente Keime, mit denen jährlich mehr als 5.000 Amerikaner infiziert werden. Nach Angaben der FDA sind Fluoquinolone eine „wichtige Ursache“ für Infektionen mit *Campylobacter* Bakterien. Bis zu 80% der verkauften Hühner enthalten zum Teil resistente *Campylobacter*-Bakterien.

Die Behörde ersuchte daher die beiden Hersteller, Abbott und Bayer, das Präparat vom Markt zu nehmen. Während Abbott direkt reagierte, legte das deutsche Unternehmen Beschwerde ein. In den USA bildete sich daraufhin eine Koalition von Ärzteverbänden und Umweltschutzorganisationen, um ein Einlenken von Bayer zu erreichen. Vertreter der Initiative befürchten, dass im Laufe des mehrjäh-



rigen Beschwerdeverfahren die Zahl der Resistenzen stark ansteigt und Fluoquinolone unbrauchbar geworden sind.

Kritische Anfragen von Journalisten oder engagierten Privatpersonen beantwortet Bayer seit verganginem Jahr routinemäßig mit einem Verweis auf den Global Compact und den darin enthaltenen Anstrengungen. Es bleibt der Zivilgesell-



schaft überlassen, diese Aktivitäten als Ablenkungsmanöver zu enttarnen.

Coordination gegen BAYER-Gefahren

Weitere Informationen senden wir gerne zu: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V., CBGnetwork@aol.com, www.CBGnetwork.de. Tel: 0211-333 911, Fax: 0211-333 940

Der Verein erhält keinerlei öffentliche Unterstützung. Spenden bitte an: Konto 17 96 12 bei Ökobank Frankfurt, BLZ 500 901 00

Ursachen für Not und Elend in Afrika

Eine abweichende Meinung zu Zimbabwe

Dass die Situation im südlichen Afrika komplizierter ist, als es gemeinhin berichtet wird, vermutet man, aber die Informationen über die tatsächlichen Ursachen von Hungersnöten und den Folgen fließen spärlich, zumindest in der deutschen Presse. Froh ist man dann, bekommt man den unten dokumentierten Artikel zu sehen, den ein/e kluge/r Feuilletonredakteur/in der Süddeutschen Zeitung ins Deutsche übersetzen ließ.

George Monbiot, Politikprofessor, Umweltaktivist und Redakteur der englischen Zeitung „The Guardian“, hat selbst in einer Untersuchungskommission mitgewirkt, die im südlichen Afrika über Ursachen von Not und Vertreibung geforscht hat. Was er dabei für interessante Entdeckungen gemacht hat beschreibt er in dem im folgenden dokumentierten Artikel.

hav

Dokumentiert:

Der drittböseste Mann

Präsident Mugabe trägt nicht allein die Schuld am Elend Simbabwe

Der böseste Mann auf Erden nach Saddam Hussein und Osama bin Laden ist Robert Mugabe, der Präsident von Simbabwe – jedenfalls nach Ansicht der meisten westlichen Medien. Neulich hat Mugabe wieder bekräftigt, dass 2900 weiße Farmer ihr Land verlassen müssen. Angeblich will er ihren Besitz an landlose Bauern geben; in Wirklichkeit hat er viele der konfiszierten Farmen an Offiziere und ergebene Parteipaladine verteilt. Zwölf weiße Farmer sind schon getötet worden, andere wurden verprügelt. Mit manipulierten Stimmzettel und unter Einschüchterung seiner politischen

Gegner hat Mugabe auch die Wahlen vom letzten März gefälscht.

Für manche Zeitungen sind Mugabes Übergriffe gegen die Farmen der Weißen der Hauptgrund für die derzeitige Hungersnot in Simbabwe. Und jetzt, schreibt der Daily Telegraph, setzt er auch noch „Lebensmittelhilfe als politische Waffe“ ein. Offenbar erfüllt Mugabe wirklich alle Voraussetzungen für das Amt des „Drittbösesten Menschen der Welt“.

Kein Zweifel kann daran bestehen, dass Mugabe ein skrupelloser Rassist ist, dessen Politik die Simbabweer nur ärmer macht. Aber dass hauptsächlich seine Landkonfiskationen für den Hunger in Simbabwe verantwortlich sein sollen, ist Humbug. Zwar besitzen die 4500 weißen Farmer zwei Drittel des besten Landes, aber viele von ihnen bauen gar kein Getreide an, sondern Tabak. Siebzig Prozent des Mais – der wichtigsten Getreidepflanze des Landes – werden von schwarzen Bauern auf den kümmerlichen Randlagen angebaut, die ihnen die Weißen gelassen haben.

Vertreibungen für den Fortschritt

Die Enteignung der weißen Farmen ist brutal und ungesetzlich. Trotzdem ist sie nur eine kleine Szene in der großen Tragödie, die sich heute weltweit abspielt. Jahr für Jahr werden Millionen Bauern gezwungen, ihr Land zu verlassen, mit verheerenden Folgen für die Sicherheit der Lebensmittelversorgung. Über sie schreibt niemand tränenselige Schilderungen vom letzten Besuch am Grab der Kinder. Wenn sie in den Medien überhaupt vorkommen, dann meist nur als die unvermeidlichen Opfer der wirtschaftlichen Entwicklung.

Vor zehn Jahren habe ich die Enteignungen untersucht, die ein anderes Mit-

glied des Commonwealth in Afrika finanzierte und organisierte: Kanada hatte dafür bezahlt, dass es das Hochland von Basutu in Tansania umpflügen und mit Weizen bepflanzen durfte. Weizen wurde in Tansania nur von den Weißen gegessen, aber indem Kanada gerade dieses Getreide und nicht etwa Mais, Bohnen oder Maniok anpflanzte, konnte es sich Verträge mit kanadischen Chemie- und Maschinenbauunternehmen sichern, die weltweit führend in der Weizenverarbeitung waren. Für das Projekt war die Enteignung aller vierzigtausend Angehörigen des Stammes der Barabaig erforderlich. Wer versuchte, auf sein Land zurückzukehren, wurde von den Mitarbeitern des Projekts eingesperrt und mit Elektroschocks gefoltert. Es gab auch Massenvergewaltigungen von Frauen.

Zum ersten Mal seit hundert Jahren waren die Barabaig unterernährt. Als ich aber mit einer der Projektleiterinnen über diese Dinge sprach, erklärte sie nur: „Ich weine keinem nach, solange es hier nur voran geht!“ Die Presse der reichen Welt bezog fast einmütig denselben Standpunkt. Heute ist es das Vereinigte Königreich, ebenfalls Mitglied des Commonwealth, das ein noch viel größeres Projekt im indischen Bundesstaat Andhra Pradesh finanziert. Dort sollen rund zwanzig Millionen Menschen enteignet werden. Auch diese Barbarei wird von den meisten Medien ignoriert.

In diesen Fällen sind es dunkelhäutige Menschen, die von Weißen vertrieben, nicht Weiße, die von Schwarzen davon gejagt werden. Sie nehmen damit den Platz ein, der ihnen von Rechts wegen gebührt: als unsichtbares Hemmnis für die Projekte der reichen Welt. Mugabe ist ein Ungeheuer, weil er diese natürliche Ordnung auf den Kopf stellt.

Aber durch den IWF, die Weltbank und die bilateralen Hilfsprogramme mit ihren Vorzugsbedingungen sind es in der Tat die Weißen, die Afrika regieren – und zwar mit triumphierend gereckter Faust. In einem neuen Bericht der UNO über die Bevölkerungsentwicklung ist die Zahl der Menschen im subsaharischen Afrika, die weniger als einen Dollar täglich zum Leben haben, in den vergangenen zehn Jahren von 242 Millionen auf 300 Millionen gestiegen. Je rigorosere afrikanische Regierungen die von den Weißen verordneten Maßnahmen umsetzen, desto ärmer werden die Menschen.

Und genau wie Mugabe gebraucht auch die reiche Welt die „Lebensmittelhilfe als politische Waffe“. Kürzlich haben die USA Simbabwe und Sambia, die beide an der Hungersnot in Südafrika leiden, dazu gezwungen, genmanipulierten Mais als Lebensmittelhilfe anzunehmen. Beide Nationen hatten sich verbissen gegen genmanipuliertes Getreide gewehrt, weil sie unter anderem befürchteten, die Gentechnologie könnte multinationalen Unternehmen die Kontrolle über die Lebensmittelkette in die Hände spielen und damit ihre Völker noch verwundbarer gegen den Hunger machen. Aber die USA ergriffen im Interesse ihrer Biotech-Unternehmen die Gelegenheit beim Schopf und stellten die Länder vor die Wahl, sich entweder auf diesen Handel einzulassen oder zu verhungern.

Auch Malawi war genötigt, den USA genmanipulierten Mais abzunehmen, zum Teil, weil es seine eigenen strategischen Getreidereserven eingebüßt hatte. 1999 hatten nämlich IWF und Europäische Union Malawi angewiesen, diese Reserven zu privatisieren. Die private Körperschaft war nicht kapitalisiert und musste daher das Geld zum Kauf des Getreides bei kommerziellen Banken aufnehmen. Wie zu erwarten, stellte sie 2001 fest, dass sie ihre Schulden nicht bedienen konnte. Der IWF gab die Anweisung, den größten Teil der Reserven zu verkaufen. Die private Körperschaft verkaufte sämtliche Reserven, und so gingen Malawi just zu dem Zeitpunkt die Getreidevorräte aus, als sich Missernten einstellten. Der IWF, der aus dieser Katastrophe nicht gelernt hat, verhindert weiterhin, dass Malawi seinen Farmern hilft, indem es Lebensmittel subventioniert oder Preise stabilisiert.

Dieselbe Behörde zwingt schwache Nationen auch dazu, ihre Grenzen für subventioniertes Getreide aus dem Ausland zu öffnen und damit die heimische Agrarindustrie zu zerstören. Am gravierendsten ist vielleicht, dass der IWF Staaten daran hindert, Geld für Landreformen auszugeben. Die Verteilung von Land ist aber der entscheidende Faktor der Nahrungsmittelsicherung. Kleine Farmen sind bis zu zehnmal produktiver als große, weil sie in der Regel intensiver bewirtschaftet werden. Kleine Farmer sind eher in der Lage, die einheimische Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln

zu versorgen als westliche Supermärkte.

Die Regierungen der reichen Welt mögen keine Landreform. Sie erfordert nämlich ein staatliches Eingreifen, was den Gott der freien Märkte beleidigt, und sie stört die Großfarmer sowie die Firmen, die sie beliefern. Nur weil Britanien sich weigerte, ein angemessenes Reformprogramm in Simbabwe zu erlauben oder zu finanzieren, konnte es überhaupt zu den politischen Umständen kommen, die Mugabe nun so skrupellos ausnutzt. Das „Lancaster House Agreement“ übertrug den Staat Simbabwe an die Schwarzen, die Nation aber an die Weißen. Mugabe macht sich die Enttäuschungen eines enteigneten Volkes zunutze.

Der Präsident von Simbabwe ist nur ein ziemlich kleiner Unterteufel in der höllischen Politik mit Land und Lebensmitteln. Als der verehrte Nelson Mandela seine Befugnisse an den IWF abtrat, kaum dass er sie dem Apartheidsregime abgerungen hatte, schädete er Afrika möglicherweise genauso schwer wie Mugabe es tut. Mugabes rassistische Übergriffe gegen die Weißen Simbawbes sind zu verurteilen – aber nur, wenn wir auch bereit sind, den viel blutigeren Krieg zu verurteilen, den die reiche Welt gegen die Schwarzen führt.

George Monbiot

Der Autor ist Redakteur beim Londoner Guardian.

Deutsch von Olga Anders.

Quelle: Süddeutsche Zeitung Nr. 189 vom 17/18.8.2002

Buchbesprechung

Wendewege einer Armee

Von Franz-Karl Hitz

Das Ende der DDR war auch das Ende der Nationalen Volksarmee, kurz NVA genannt. Hintergründe, Planungen und Ergebnisse des sicherheitspolitischen Einigungsprozesses am Beispiel der NVA analysiert Band 3 einer Serie zur Militärgeschichte der DDR. Herausgeber ist der promovierte Militärhistoriker Hans Ehlert. Grundlage für seine Arbeit ist das Protokoll eines Zeitzeugenforums des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Potsdam. Dort fand im September des Jahres 2000 eine wenig beachtete Beratung von Militärhistorikern, Politikern, aktiven Offizieren der Bundeswehr und einer kleinen Zahl ehemaliger DDR-Offizieller zum Thema „Deutsche Einheit und europäische Sicherheit – das Ende der NVA und die ‚Armee der Einheit‘“ statt.

Hans Ehlert konzipierte dieses Forum und schrieb jetzt eine Studie als Einführung in dieses umfassende Werk. Ehlert war unmittelbarer Zeuge bei Entscheidungsprozessen zur Auflösung und Abwicklung der NVA. So war es im möglich,

aus eigenen Anschauungen und nach vielen Gesprächen mit Generälen der NVA, DDR-Historikern, Politikern der Wendezeit die Entwicklungsphasen der sogenannten militärischen Vereinigung 1989/1990 – ein sehr umstrittener Begriff – zu analysieren. Ehlert teilt die Auffassung vieler Zeitzeugen, wenn er drei Phasen des Untergangs der NVA beschreibt. Kurz zusammengefasst sieht er die erste Phase von Oktober 1989 bis März 1990. In dieser Zeit der inneren Erosion des Landes sieht er eine „Verunsicherung der Streitkräfte bis hin zur Lähmung der politischen und militärischen Führung und den Verfall der Disziplin“. In der zweiten Phase von April bis Juli 1990 habe sich die neu gewählte demokratische Regierung die Maiziäre bemüht, „die relative Stabilisierung der Streitkräfte“ fortzusetzen. Gleichzeitig habe sie „Hoffnungen auf die eigenständige Zukunft einer stark reduzierten NVA auch im vereinigten Deutschland genährt“. Hier sei die naive und unseriöse These von Rainer Eppelmann, dem damaligen Minister für Abrüstung und Verteidigung erwähnt, der da meinte, für eine Übergangsperiode von zwei bis drei Jahren würde in Deutschland zwei Armeen nebeneinander existieren (O-Ton vom 2. Mai 1990). Stoltenberg, BRD-Verteidigungsminister, konterte kurz darauf: Ein Staat, eine Armee. Die dritte Phase schließlich von Juli bis Oktober 1990 war gekennzeichnet von der Übergabe der NVA an die Bundeswehr.

Der Herausgeber ist bemüht, die vielfältigen Auffassungen in Politik und Publizistik zur Auflösung der NVA im Zuge des Wendeprozesses zu objektivieren. Mit unterschiedlichen Ergebnissen. Der Autor der Studie fasst die Entwicklung aus der Sicht der Bundeswehr in zwei Punkten zusammen. Einmal darin, dass die Bundeswehr sich sehr abwartend verhielt, um den Einigungsprozess „nicht durch militärische ‚Störfeuer‘ zu gefährden“; und zum anderen in die Zeit zwischen Juli und Oktober 1990, in der „konkrete Schritte zur Übernahme von Personal und Material der NVA am Tage des Beitritts der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes“ vorbereitet wurden. Zu diesen Problemen hielt auf der Potsdamer Konferenz auch Prof. Egon Bahr einen Vortrag, der in dem Band ebenso wie ein ausführliches Gespräch mit Rainer Eppelmann abgedruckt ist.

Beachtenswert ist die Dokumentation von 216 Seiten über das Zeitzeugenforum und die 168 Seiten Dokumente, 37 von den 96 Dokumenten stammen aus der Bonner Regierung bzw. BRD-Zeitungen. Eine ausführliche Zeittafel, Kurzbiografien und ein Personenregister vervollständigen den Band.

Hans Ehlert (Hg.): „Armee ohne Zukunft – Das Ende der NVA und die deutsche Einheit – Zeitzeugenberichte und Dokumente“, Ch. Links Verlag, Berlin, 2002, geb. 592 Seiten, 21,90 Euro, ISBN 3-86153-265-4

17. August bis 21. September: Die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/innen“ beginnt in Bremen und endet am Abend der Bundestagswahl in Berlin. In verschiedenen Städten, Dörfern und Flüchtlingsheimen in ganz Deutschland werden wir versuchen, die Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Kräften zu stärken, die Zusammenarbeit unter den Flüchtlingsorganisationen intensivieren und Unterstützung für von Flüchtlingen organisierten Widerstand geben. Die Tour soll auch die untragbaren, inhumanen Zustände in den deutschen Flüchtlingsheimen, die sich meist in Wäldern oder abgelegenen Gegenden befinden, in die Öffentlichkeit bringen. Gleichzeitig wollen wir die Folgen des herrschenden Krieges herausheben, indem wir ihn in Bezug zu den Kriegen setzen, die uns zwangen, unsere Heimat zu verlassen. Wir laden Euch alle ein, mit uns gemeinsam für eine Bewegung für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/innen aufzustehen! Bremer Koordinierungsbüro: Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e.V., Münchener Straße 17, 28215 Bremen, Tel.: (0421) 5577093, Fax: (0421) 5577094, mail@humanrights.de, <http://www.humanrights.de>.

14. September, Köln: *Her mit dem schönen Leben – eine andere Welt ist möglich!* Aktionstag+Demoder Jugendorganisationen von ver.di, IGM, IG BAU, Transnet, NGG sowie Attac. Infos unter www.attac-netzwerk.de

22. September: Bundestagswahl; Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

3. Oktober, Fulda: *Arbeitsausschuss des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaft.* 11.00 Uhr: Tagesordnung folgt

11.-12. Oktober, Marburg: *Euro-Kapitalismus und Dritter Weg.* Universität Marburg, FB Gesellschaftswissenschaften, Wilhelm-Röpke-Str. 6 B, Veranstaltung von WISSEN-Transfer und der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaft, u.a. mit Hans-Jürgen Bieling (Marburg), John Grahl (London), Jörg Huffs chmid (Bremen), Kees van der Peijl (Amsterdam/Lancaster), Leo Panitch (Toronto), Frank Deppe (Marburg), Infos/Anmeldung: www.wis-sentransfer.info buero@wisentransfer.info

12./13. Oktober 2002, Gera: *PDS-Parteitag.* Die 1. Tagung des 8. Parteitag der PDS findet am Samstag, den 12. Oktober, und am Sonntag, den 13. Oktober 2002, in Gera statt. Tagesordnung u.a.: Die Aufgaben der PDS nach der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag. Wahl des Parteivorstandes der PDS, Wahlen der Bundesschiedskommission der PDS, der Bundesfinanzrevisionskommission der PDS und der Statutenkommission.

16./17. Oktober, Brüssel: *Sozialpolitik in Europa – Perspektiven für eine Europäische Gewerkschaftsbewegung.* Europäisches Parlament, Rue Wiertz, Raum ASP (Altiero Spinelli Building) 1 G 3, B-1047 Brüssel. Internationale Veranstaltung des Forum Soziales Europa in Zusammenarbeit mit der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament mit GewerkschafterInnen aus Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien u.a. Anmeldung: Klaus Dräger, eMail: kdrager@europarl.eu.int, fax: 0032-2-2841758 Klaus Dräger

18. Oktober, Niedersachsen: Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen

30./31. Oktober, Berlin: *Globalisierung oder Gerechtigkeit?* Berlin, Hotel Schweizer Hof. Jahrestagung der Otto Brenner Stiftung der IG Metall über die politischen Herausforderungen der Gegenwart, u.a. mit Susan George, Michael Blank, Noreena Hertz, Friedhelm Hengsbach, Barbara Schulte, Klaus Zwickel, Barbara Stolterfoht, Marin Kannegiesser, Ulrike Holler, Kari Tapiola, Volker Obenauer, Dirk Mahler, Erich Klemm, Ursula Weidenfeld, Ursula Engelen-Kefer, Gregor Gysi, Karl Kardinal Lehmann, Edzard Reuter, Thomas Leif, Klaus Lang. Das detaillierte Programm und online-Anmeldung über: www.otto-brenner-stiftung.de. eMail: obs@igmetall.de www.otto-brenner-stiftung.de

7.-10. November, Florenz: *Nein zu Sozialabbau, Rassismus und Krieg.* Für ein Europa des Friedens, der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit und der Völkerverständigung. Eine andere Welt ist möglich. Ein anderes Europa auch! Eine neue Bewegung beunruhigt Regierende und Finanzmanager in Europa. Es ist die Protestbewegung gegen den Abbau sozialer, demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, gegen Krieg und Rassismus. Im März demonstrierten Hunderttausende in Barcelona „Gegen das Europa des Kapitals und des Krieges“. Im selben Monat demonstrierten Millionen Menschen in Rom gegen Berlusconi und für Gewerkschaftsrechte. In Frankreich gingen nach dem Wahlerfolg von Le Pens faschistischer Front National Millionen auf die Straße. Im Juni setzten sich die spanischen Gewerkschaften mit einem Generalstreik gegen den Abbau von sozialen Rechten zur Wehr. Mit der Demonstration in Berlin gegen die Kriegspolitik des US-Präsidenten im Mai und der Streikwelle im Sommer dieses Jahres nehmen die Proteste auch in Deutschland Form an.

Diese europäische Protestbewegung ist Teil der weltweiten Bewegung gegen die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung und gegen die Unterwerfung der Welt unter die Profitlogik der Konzerne.

Nach dem Weltsozialforum in Porto Alegre/Brasilien Anfang dieses Jahres schafft nun das Europäische Sozialforum der europaweiten Bewegung eine Plattform zur Diskussion und Artikulation ihrer Forderungen. Nationale und kulturelle Vielfalt einerseits und ein gemeinsames politisches Ziel andererseits – nämlich ein Europa des Friedens, der Ökologie und der sozialen Gerechtigkeit – bestimmen den Charakter des Europäischen Sozialforums. Hieraus entsteht eine neue Dynamik der europaweiten Protestbewegung.

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren lädt ein zur Tagung „Corporate War – Krieg, Konzerne und soziale Bewegungen“. In der ganztägigen Veranstaltung werden folgende Bereiche diskutiert:

- Analyse des „Kriegs gegen den Terror“, seiner Ziele, Folgen und Perspektiven: Wie hat er die politische Szene geprägt und verändert?
- Auswirkungen auf die demokratischen Bewegungen: Wie viel Spielraum bleibt? Wie sehr leiden Aktionsgruppen und Globalisierungskritiker unter der neuen Entwicklung?
- Historischer Abriss über den Zusammenhang von Krieg und ökonomischen Interessen, speziell die Rolle transnationaler Konzerne.
- Wie hat sich die gesetzliche und juristische Situation nach dem 11. September in Deutschland geändert?

Das Seminar richtet sich an Aktivist:innen, interessierte Laien, Journalist:innen und Gewerkschafter. Pressevertreter sind zu Gesprächen mit den Referenten herzlich eingeladen.

Anmeldung und Information:

Coordination gegen BAYER-Gefahren,
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
e-mail: CBGnetwork@aol.com – www.CBGnetwork.org
Tel: 0211-26 11 210 Fax: 0211-26 11 220

Beirat: Dr. Erika Abczynski /Kinderärztin/Dormagen • Prof. Dr. Jürgen Rochlitz /Chemiker/Burgwald • Eva Bulling-Schröter /Mitglied des Bundestages/Berlin • Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin • Wolfram Esche/Rechtsanwalt/Köln • Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Neubauern • Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld • Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg

JETZT ANMELDEN

**JAHRES-
TAGUNG
2002**

**Informationen
abfordern, jetzt!**

**Corporate War®
Krieg, Konzerne und
demokratische Bewegungen**

Am Beispiel des BAYER-Konzerns.

Sind multinationale Konzerne wie BAYER noch zu stoppen?
Unsere Jahrestagung soll Mut machen zur Gegenwehr.
Konkret, faktenreich und anschaulich.

**Samstag, 23.11.2002
DÜSSELDORF**

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
Fon 02 11 - 33 39 11 · Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com

